

# INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

Oktober–Dezember 2016



**4** | 2016

Statistisches Bundesamt

---

<b>Herausgeber</b>	<i>Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats</i>
<b>Internet</b>	<i>www.destatis.de</i>
<b>Schriftliche Anfragen</b>	<i>www.destatis.de/kontakt</i>
<b>Zentraler Auskunftsdienst</b>	<i>Telefon +49 (0) 611 / 75 24 05</i>
<b>Erscheinungsfolge</b>	<i>vierteljährlich</i>
<b>Erscheinungstermin</b>	<i>Im Dezember 2016</i>
<b>Fotorechte</b>	<i>©Statistisches Bundesamt, Wiesbaden</i>
<b>© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2016</b>	<i>Vervielfältigungen und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.</i>

<i>Inhalt</i>	<i>Seite</i>
<b>Editorial</b>	5
<b>Veranstaltungen und Besuche</b>	
25. Wissenschaftliches Kolloquium „Das Produktivitäts-Paradoxon – Messung, Analyse, Erklärungsansätze“	6
Gerhard-Fürst-Preis für herausragende Arbeiten auf dem Gebiet der Statistik verliehen	7
AESS tagte zum letzten Mal im Jahr 2016 und zum letzten Mal unter Walter Radermacher	9
Die letzte Amtsleiterkonferenz 2016 setzte Schwerpunkte für die kommenden zwei Jahre	11
Bayerisches Landesamt für Statistik feierte seinen Umzug nach Fürth	12
Leiterin des mongolischen Statistikamtes zu Besuch in der Zweigstelle Bonn	13
Internationaler Workshop zu Vermögensbilanzen in China	14
Conference of European Statistics Stakeholders (CESS) am Tag der europäischen Statistik in Budapest	14
Delegation aus Moskau zu Besuch in Wiesbaden	15
Leiter des chinesischen Statistikamtes in Wiesbaden	16
Abschlusskonferenz des KAZSTAT-Projektes in Astana	17
Treffen mit der deutschen Kommunal- und Regionalstatistik	19
Destatis auf der Marktforschungsmesse Research & Results	20
Ergebniskonferenz zur Zeitverwendungserhebung 2012/2013 zeigte das breite Spektrum an Forschungsansätzen	21
10 Jahre Nationaler Normenkontrollrat: Lob für die Zuarbeit des Statistischen Bundesamtes	23
<b>Aktuelle Querschnittsveröffentlichungen</b>	
Statistisches Jahrbuch 2016 erschienen	24
<b>Fachspezifisches im Fokus</b>	
<b>Bevölkerung</b>	
Mitarbeit am UN-Handbuch zu Flüchtlingsstatistiken	25
<b>Verdienste und Arbeitskosten</b>	
Datenbedarf der Mindestlohnkommission war Thema im Fachausschuss „Preise und Verdienste“	26
<b>Arbeitsmarkt</b>	
Wirtschaft und Statistik (WiSta): Sonderheft Arbeitsmarkt und Migration	27
STATmagazin: Deutschkenntnisse sind Schlüssel zum Arbeitsmarkt	27
<b>Bildung und Kultur</b>	
74. Sitzung des Ausschusses für die Hochschulstatistik	28
Von 100 Studienanfängern in Ingenieurwissenschaften waren im Jahr 2014 nur 21 Frauen	29
196 200 Promovierende im Wintersemester 2014/2015	30

<b>Sozialleistungen</b>	
Elterngeld regional: Höchste Väterbeteiligung in Jena	31
Armutsgefährdung in Westdeutschland ist im 10-Jahres-Vergleich gestiegen	32
<b>Gesundheit</b>	
Orientierungswert für Krankenhäuser 2016 beträgt 1,54 %	33
<b>Rechtspflege</b>	
Neue internationale Straftatenklassifikation wird jetzt in Deutschland angewandt	34
<b>Außenhandel</b>	
Warenverzeichnis für Außenhandelsstatistik aktualisiert	36
<b>Informations- und Kommunikationstechnologien</b>	
Umsatz in der IKT-Branche 2014 um 5,2 % gestiegen	37
<b>Wirtschaftsrechnungen</b>	
Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung in Deutschland nahezu unverändert	38
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</b>	
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL): Arbeitskreis tagte in Bremen	39
<b>Kontakt zur Redaktion</b>	40
<b>Personalnachrichten</b>	41
<b>Anhang</b>	
Tagungskalender	42
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: Dezember 2016	46

### Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,  
im vierten und letzten Quartal des Jahres tut sich immer besonders viel – da unterscheidet sich die amtliche Statistik nicht von anderen Bereichen, ist sie doch dem Jahresende als wichtigem Stichtag für verschiedenste Berichte besonders unterworfen.



Wie gewohnt legen wir Ihnen diese aktuelle Nummer der „Informationen aus der amtlichen Statistik“ schon vor dem Quartalsende vor. Vieles hat sich ereignet und wir wollen Ihnen diese Nachrichten nicht bis zum neuen Jahr vorenthalten.

Am 17. November haben wir – meine Amtskolleginnen und -kollegen aus den nationalen statistischen Ämtern der EU-Mitgliedstaaten und ich – den Generaldirektor des EU-Statistikamtes Eurostat, Walter Radermacher, in den Ruhestand verabschiedet. Als mein Amtsvorgänger hat er auch die deutsche Bundesstatistik geprägt und in seiner Funktion in Luxemburg die EU-Statistik durch die schwierigen Jahre seit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geführt. Am Ende dieses Heftes finden Sie einen kleinen Rückblick auf Walter Radermachers berufliches Schaffen.

Das wissenschaftliche Kolloquium und der in diesem Rahmen verliehene Gerhard-Fürst-Preis für herausragende wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet der Statistik liegen mir und meinem Haus besonders am Herzen, weil sie, immer im November, eine Gelegenheit zum Austausch zwischen jenen schaffen, die in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft Statistik betreiben. Vielen Dank an alle, die dazu nach Wiesbaden gekommen sind!

Nun wünsche ich Ihnen eine anregende und informative Lektüre und verbleibe mit den besten Wünschen für einen ruhigen Jahresausklang und ein gutes neues Jahr

Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Dietrich Meitler". The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.

Präsident des Statistischen Bundesamtes



### 25. Wissenschaftliches Kolloquium „Das Produktivitäts-Paradoxon – Messung, Analyse, Erklärungsansätze“

Als Produktivitäts-Paradoxon wird die Hypothese bezeichnet, dass es trotz fortgesetzter technologischer Innovationen - insbesondere im Zusammenhang mit der Digitalisierung - eine längerfristig abgeschwächte Produktivitätsentwicklung gibt. Die Auseinandersetzung mit den empirischen Befunden war Thema des 25. Wissenschaftlichen Kolloquiums, das die Deutsche Statistische Gesellschaft und das Statistische Bundesamt am 24. und 25. November in Wiesbaden veranstalteten. Über 200 Menschen nahmen an dieser Tagung teil.

Moderiert wurde das Kolloquium von Dr. Norbert Räth, der nahezu 35 Jahre im Statistischen Bundesamt in verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen tätig war und Mitte 2016 in den Ruhestand getreten ist. In seiner Einführung ging er auf die Messung von Produktivität, die Belastbarkeit der Ergebnisse und die politische Relevanz des Themas ein.

Vertieft dargestellt wurde die Produktivitätsmessung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Beitrag von Stefan Hauf und Dr. Oda Schmalwasser vom Statistischen Bundesamt; dabei wurde neben der häufiger verwendeten Arbeitsproduktivität auch die Kapitalproduktivität betrachtet. Helmut Mayer aus den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen im Statistischen Bundesamt erläuterte anschließend die Einflussfaktoren auf die Energieproduktivität. Der Indikator Energieproduktivität ist ein umweltbezogener Indikator der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Professor Dr. Stefan Kooths vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel stellte die Ergebnisse seiner neuesten Forschungen zur Messbarkeit und Analyse von Produktivität in Deutschland vor.



*Dr. Norbert Räth*



*Prof. Dr. Stefan Kooths*

Isabelle Rémond-Tiedrez und Christine Gerstberger vom Europäischen Statistikamt Eurostat in Luxemburg beleuchteten die europäische Perspektive bei den Produktivitätsanalysen.

Dr. Paul Schreyer, der stellvertretende Direktor für Statistik der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), gab mithilfe der jährlichen Publikation „OECD Compendium of Productivity Indicators“ einen Überblick über die Produktivitätsentwicklung im OECD-Raum und griff aktuelle Themen im Bereich der Produktivitätsmessung oder -analyse auf.

Schlussredner des ersten Tages war Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, der Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftli-



*Dr. Paul Schreyer*

chen Entwicklung und Präsident des RWI - Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen. Er erläuterte auf der Grundlage des aktuellen Jahresgutachtens des Sachverständigenrates die ökonomischen Ursachen und die Politikimplikationen der schwachen Produktivitätsentwicklung.

Der zweite Veranstaltungstag wurde mit einem Vortrag von Christoph-Martin Mai und Thomas Körner vom Statistischen Bundesamt begonnen, die anhand ausgewählter Beispiele der Frage nachgingen, ob und inwieweit Produktivität und Qualität der Arbeit zwei Seiten einer Medaille sein können. Dr. Thomas A. Knetsch (Deutsche Bundesbank) stellte die Schätzung des von der amtlichen Statistik nicht erfassten Produktionspotenzials mittels spezieller Rechentechniken und statistischer Verfahren vor.

Dr. René Söllner vom Statistischen Bundesamt erläuterte, wie auf der Grundlage von Mikrodaten der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland die technische Effizienz von Unternehmen bestimmt werden kann.

Zum Abschluss der Tagung fragte Prof. Dr. Michael Grömling vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln unter der Überschrift „Digitalisierung – eine Quelle unsichtbaren Wohlstands?“ ob und wie gut die vorhandenen Wirtschaftsstatistiken die „Digitale Revolution“ und die damit einhergehenden Wohlfahrtseffekte abbilden können.

Im Ergebnis kamen Prof. Grömling und andere Fachleute des Kolloquiums zu dem Schluss, dass die vielfach genutzten und international vergleichbaren Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weiterhin aussagefähig sind. Neuere Phänomene wie die Digitalisierung ließen aber ergänzende Messansätze beispielsweise in Satellitensystemen sinnvoll erscheinen.

Die Tagungsdokumentation mit den Vortragspräsentationen sowie den Kurzfassungen der Vorträge sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de) > Methoden > Kolloquien verfügbar.

## Gerhard-Fürst-Preis für herausragende Arbeiten auf dem Gebiet der Statistik verliehen

Das Statistische Bundesamt hat in diesem Jahr vier herausragende wissenschaftliche Arbeiten prämiert. Drei Arbeiten wurden mit dem Gerhard-Fürst-Preis, eine Arbeit mit dem Peter-von-der-Lippe-Gedenkpreis ausgezeichnet.

### **Dr. Stefan Stuth Preisträger in der Kategorie „Dissertationen“**

In der Kategorie „Dissertationen“ wurde die Arbeit von Dr. Stefan Stuth mit dem Thema „Closing in on Closure - Occupational Closure and Temporary Employment in Germany“ mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2016 ausgezeichnet. Diese Arbeit entstand an der Humboldt-Universität zu Berlin bei Prof. Jutta Allmendinger Ph.D.

### **Natalia Rojas-Perilla und Guido Schulz Preisträger in der Kategorie „Masterarbeiten“**

In der Kategorie „Master-/Bachelorarbeiten“ wählten die Gutachterinnen und Gutachter die Masterarbeit von Natalia Rojas-Perilla mit dem Thema „Poverty Estimation Methods: a Comparison under Box-Cox Type Transformations with Application to Mexican





Data“ für den Gerhard-Fürst-Preis 2016 aus. Betreut hatte diese Arbeit Prof. Dr. Timo Schmid an der Freien Universität Berlin.

Die zweite Auszeichnung in dieser Kategorie wurde an Guido Schulz für seine an der Technischen Universität Berlin bei Prof. Axel Werwatz Ph.D. entstandene Masterarbeit „Aufwertung und Verdrängung in Berlin: Räumliche Analysen zur Messung von Gentrifizierung“ verliehen. Das mit dem Gerhard-Fürst-Preis verbundene Preisgeld beträgt in der Kategorie „Dissertationen“ 5 000 Euro und in der Kategorie „Master-/Bachelorarbeiten“ 2 500 Euro.

### **Gedenkpreis zu Ehren von Prof. Dr. Peter von der Lippe**

Zusätzlich wurde 2016 einmalig ein Gedenkpreis zu Ehren von Prof. Dr. Peter von der Lippe verliehen, der in diesem Jahr verstorben ist. Das Statistische Bundesamt ehrt damit einen langjährigen Begleiter und Partner der amtlichen Statistik. Ausgezeichnet wurde die Dissertation „Efficiency and Risk Adjustment of German Hospital Care“ von Dr. Ivonne Lindlbauer. Diese Arbeit wurde an der Universität Hamburg am Lehrstuhl von Prof. Dr. Jonas Schreyögg angefertigt.



*Von links: Prof. Dr. Walter Krämer (Vorsitzender des Gutachtergremiums), Dr. Ivonne Lindlbauer (Preisträgerin Peter-von-der-Lippe Gedenkpreis), Dr. Stefan Stuth (Preisträger Kategorie „Dissertationen“), Natalia Rojas-Perilla (Preisträgerin Kategorie „Master-/Bachelorarbeiten“), Guido Schulz (Preisträger Kategorie „Master-/Bachelorarbeiten“) und Präsident Dieter Sarreither*

Die Auszeichnungen nimmt das Statistische Bundesamt auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachtergremiums vor. Die Preise wurden von Präsident Sarreither im Rahmen des 25. Wissenschaftlichen Kolloquiums zum Thema „Das Produktivitäts-Paradoxon“ verliehen, welches das Statistische Bundesamt zusammen mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 24. und 25. November 2016 in Wiesbaden veranstaltete (siehe gesonderten Bericht).

Die Laudationes auf die prämierten Arbeiten hielt der Vorsitzende des Gutachtergremiums, Prof. Dr. Walter Krämer (Technische Universität Dortmund). Diese werden in der Zeitschrift „WISTA – Wirtschaft und Statistik“ des Statistischen Bundesamtes, Ausgabe 6/2016, nachzulesen sein. Die Preisträgerinnen und Preisträger werden im Jahr 2017 ausführlich in dieser Zeitschrift über ihre Arbeiten berichten.

Die Kurzfassungen der prämierten Arbeiten sowie weitere Details zur Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises sind unter [www.destatis.de/gerhard\\_fuerst\\_preis](http://www.destatis.de/gerhard_fuerst_preis) zu finden.





### AESS tagte zum letzten Mal im Jahr 2016 und zum letzten Mal unter Walter Radermacher



Am 17. November kam der Ausschuss für das Europäische Statistische System (AESS) in Luxemburg zu seiner vierten und letzten Sitzung im laufenden Jahr zusammen. Im AESS beraten die Amtsleiter der nationalen Statistikämter der Mitgliedstaaten und Eurostat statistische Rechtsakte der EU und strategische Fragen.

Das Statistische Bundesamt war vertreten durch seinen Präsidenten Dieter Sarreither, durch Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Leiterin der Abteilung B „Strategie und Planung, Internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation“, und durch Bernd Störtzbach, Leiter der Gruppe B 1 „Planung und Koordinierung, internationale Kooperation, Rechtsfragen der Statistik“. Zur deutschen Delegation zählte auch Präsidentin Dr. Christel Figgener vom Hessischen Statistischen Landesamt.

Der AESS tagte zum letzten Mal unter dem Vorsitz des scheidenden Eurostat-Generaldirektors Walter Radermacher, den seine Amtskolleginnen und -kollegen bei dieser Gelegenheit verabschiedeten.

#### **Verordnungsentwürfe FRIBS und IFS gehen nun an Rat und Parlament**

Beraten und verabschiedet wurden zwei umfangreiche Verordnungsentwürfe: Erstens der Entwurf der Rahmenverordnung zur Integration der zehn bestehenden Verordnungen über Unternehmensstatistiken (Framework Regulation Integrating Business Statistics, FRIBS). Zweitens der Entwurf einer Rahmenverordnung zur Integration der Betriebsstatistiken der Landwirtschaft (Integrated Farm Statistics, IFS). Ungeachtet der grundsätzlichen Zustimmung zu beiden Verordnungsentwürfen wiederholte eine Reihe von Mitgliedstaaten ihre schon bei der Erarbeitung der Entwürfe geäußerten Bedenken gegen eine zu weitgehende Anwendung „delegierter Rechtsakte“. Wesentliche Teile der betreffenden Statistiken, etwa die Inhalte des statistischen Unternehmensregisters, die Anpassung von Kernmerkmalen und der Einsatz von Ad-hoc-Erhebungsmodulen sollten nach deren Ansicht direkt in der Rahmenverordnung geregelt sein, auch weil mit einer Änderung großer zusätzlicher Aufwand entstehen kann –sowohl bei den Statistikämtern als auch bei den Auskunftspflichtigen.

Eurostat nahm diese Bedenken zur Kenntnis, wird aber die Verordnungsentwürfe als Kommissionsvorschläge ohne weitere Änderungen dem EU-Rat und dem Europäischen Parlament übermitteln, wo sie voraussichtlich ab Anfang 2017 beraten werden.

#### **Territoriale Typologien in NUTS-Verordnung geregelt**

Beraten und einstimmig angenommen wurde auch der Entwurf zur Änderung der Verordnung Nr. 1059/2003 über die Klassifikation der Gebietseinheiten (NUTS). Hier ging es um den Einbezug „[territorialer Typologien](#)“, für die es bisher keine Rechtsgrundlage gab. Solche Typologien (etwa „verdichtete Region“, „ländliche Region“) spielen in der Kohäsions- und Entwicklungspolitik eine wichtige Rolle. Auch dieser, von vielen Statistikämtern ausdrücklich begrüßte Verordnungsentwurf wird ab 2017 im EU-Rat behandelt werden.



### **Ad-Hoc-Modul „Beruf und Familie“ der EU-Arbeitskräfteerhebung verabschiedet**

Einstimmige Zustimmung gab es auch für den Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Annahme der Spezifikationen des Ad-hoc-Moduls 2018 „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ nach der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates zur EU-Arbeitskräfteerhebung.

### **Implementierung der ESS-Vision 2020**

Unter den Berichten an den AESS rangierte der Fortschrittsbericht der „Vision Implementation Group (VIG)“ über die Umsetzung der ESS-Vision 2020 in den Jahren 2015 bis 2016 an erster Stelle. Er wurde zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Qualität der Ergebnisse begrüßt. Das Mandat der VIG wurde bis Ende 2020 verlängert. Ab 2017 wollen sich die Generaldirektoren des ESS mit ersten Überlegungen zu einer Anschlussstrategie für die Zeit nach 2020 befassen. Gewürdigt wurden die Fortschritte bei der Umsetzung des IT-Sicherheitsrahmens und Unterstützung fand auch der von Eurostat vorgeschlagene Mechanismus zur Gewährleistung der IT-Sicherheit.

### **Integration von Statistik- und Geodaten**

Im „Fortschrittsbericht über die Integration statistischer und geospazialer Daten sowie über die Tätigkeiten im Rahmen des Global geospatial information management der Vereinten Nationen (UN-GGIM)“ wird der aktuelle Stand der Arbeiten von Eurostat und des ESS in den letzten 12 Monaten zur weiteren Integration statistischer und räumlicher Daten dargelegt. Der Bericht enthält auch einen Plan für die Integration von Statistiken und raumbezogener Daten in den kommenden Jahren bis zur nächsten Zensusrunde 2020/21. Zu begrüßen ist der Fortschrittsbericht auch wegen der Überwachung der UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) im Rahmen der UN Entwicklungsagenda 2030. Um einen signifikanten Fortschritt zu erzielen, müssen Kartographie und Katasterämter mit den Statistikämtern einen allgemeinen Rahmen für die Integration statistischer und geobasierter Daten erarbeiten, wie ihn das Statistische Bundesamt und das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) derzeit anstreben.

### **Indikatoren zu UN-SDGs durch EU-Statistiken gut abgedeckt**

Der AESS begrüßte außerdem die von Eurostat vorgelegte Analyse des Abdeckungsgrades der 241 globalen Indikatoren für die UN-Nachhaltigkeitsziele durch Daten aus EU-Statistiken. Positiv bewertet wurde, dass Eurostat schon für 20 jener 82 Indikatoren („tier 3“-Indikatoren) über Daten verfügt, für die es derzeit noch keine etablierten Methoden und Standards gibt und die sich noch in einem Entwicklungs- bzw. Teststadium befinden.

### **Prioritäten im Jahresarbeitsprogramm 2018 gesetzt**

Mit der Verabschiedung des Entwurfs zu den Prioritäten im Jahresarbeitsprogramm 2018 bestätigte der AESS außerdem die künftigen Schwerpunkte des AESS, sowohl thematisch, als auch in der technischen Konzeption, Erstellung von Verbreitung europäischer Statistiken. Nach Konsultation der jeweiligen Direktorengruppen, Stellungnahme des Beratungsgremiums ESAC und weiterer Ausarbeitung wird das Arbeitsprogramm dem AESS zu seiner übernächsten Sitzung im Mai 2017 wieder vorliegen.



### Die letzte Amtsleiterkonferenz 2016 setzte Schwerpunkte für die kommenden zwei Jahre



STATISTISCHE ÄMTER  
DES BUNDES UND DER LÄNDER

Zum letzten Mal in diesem Jahr trafen sich die Amtsleitungen der Statistischen Ämter des Bundes und der

Länder in Wiesbaden zur Amtsleiterkonferenz (ALK). Wie üblich erfolgte in der Herbstsitzung die Planung für das nächste Jahr: Die strategischen Schwerpunkte wurden als Zielrichtung für die Arbeiten im Verbund für die nächsten beiden Jahre abgestimmt.

#### Strategische Schwerpunkte für 2017 und 2018 abgestimmt

Im Ergebnis bestimmen nun sieben Handlungsfelder die Richtung, in die sich die amtliche Statistik vorrangig zu entwickeln plant. Statistikübergreifend sind das „Qualität“, „Organisation“, „Statistikinfrastruktur“, „Außenwahrnehmung“ und „Geodaten“, statistikspezifisch die Handlungsfelder „Fachstatistische Cluster“ und „Zensus“. Auch 2017 und 2018 stehen für die statistischen Ämter 47 Maßnahmen zur Umsetzung an, um damit die in den Handlungsfeldern verankerten Ziele zu erreichen.

#### Steuerungsgruppe für das Thema „Geodaten“

Die im Sommer von der ALK eingerichtete Steuerungsgruppe „Analyse und Darstellung georeferenzierter Daten“ verdeutlicht die strategische Bedeutung, die dem Thema „Geodaten“ im Verbund zukommt. Der in ihrer konstituierenden Sitzung verabschiedete Maßnahmenkatalog schlägt sich im Strategietableau in drei neu aufgenommenen Maßnahmen nieder. Das Handlungsfeld „Außenwahrnehmung“ trägt jetzt dem Umstand Rechnung, dass der Verbund Anfang des Jahres eine gemeinsame Kommunikations- und Verbreitungsstrategie beschlossen hat. Das Handlungsfeld wurde entsprechend „neu geordnet“ und rückt nun die Maßnahmen zur Umsetzung der Kommunikationsstrategie in den Fokus.

Es wurden jedoch nicht nur die Inhalte der Verbundarbeit geplant, sondern auch die Zusammenarbeit in den Bund-Länder-Gremien selbst stand auf dem Prüfstand. Die Amtsleitungen haben für die Ausgestaltung der zukünftigen Gremienzusammenarbeit im Verbund eine Auswahl von Verfahrensschritten beschlossen, die auf allen drei Gremienebenen – Referentenbesprechungen, ALG FS und ALK – für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Sitzungen maßgeblich sind. Grundlage für die nun verbindlichen Verfahrensschritte ist eine Abfrage in den statistischen Ämtern und die darauf aufbauende Empfehlung des Abteilungsleitungsgremiums „Fachstatistik“ (ALG FS).

Neben der Strategie wurden in der ALK auch ausgewählte fachliche Schwerpunkte behandelt, wie die weitere Vorbereitung des „Zensus 2021“, die „Einführung des EU-Unternehmensbegriffs“ und das Thema „Bevölkerungsstatistiken“.

Schließlich legten die Amtsleitungen die Sitzungstermine der ALK, des ALG FS und der Steuerungsgruppe „Strategische Schwerpunkteplanung“ fest. Im Sommer 2017 richtet das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Statistik Nord) die ALK in Kiel aus. Im Herbst 2017 tagen die Amtsleitungen am 8. November. Die nächste ALK findet am 22. März 2017 in Wiesbaden statt.



### Bayerisches Landesamt für Statistik feierte seinen Umzug nach Fürth

Seit dem 1. Oktober hat die Leitung des Bayerischen Landesamtes für Statistik ihren Sitz in der früheren Zweigstelle Fürth genommen. Fürth ist damit planmäßig zum Hauptsitz des Landesamtes geworden, nachdem schon in den vergangenen Jahren zahlreiche Statistiken und Aufgaben von München nach Franken verlagert wurden.

Rund 280 Beschäftigte sind aktuell in Fürth tätig. Anlässlich der offiziellen Verlagerung des Amtssitzes sowie des Bezugs der renovierten Gebäude an der Nürnberger Straße überreichte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann am 28. Oktober der Präsidentin des Landesamtes, Marion Frisch, die Schlüssel mit den Worten: „Ich freue mich, dass dieses historische Gebäude an die Anforderungen einer modernen Verwaltung angepasst wurde und dass Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das ehemalige Quelle-Gebäudeensemble wieder mit neuem Leben erfüllen.“



*Neuer Hauptsitz des Bayerischen Landesamtes für Statistik an der Nürnberger Straße in Fürth, bis 2009 Hauptverwaltung des Handelskonzerns Quelle. Foto: Magnus Gertkemper*

Das 1908 fertig gestellte Gebäude diente der Hauptverwaltung des Handelskonzerns Quelle, bis zu dessen Insolvenz und Auflösung Ende 2009. Die Verlagerung des Bayerischen Statistischen Landesamtes war in diesem Zusammenhang auch eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme der Landesregierung. Zum Ende 2016 sollen rund 290 Beschäftigte ihren Dienst in Fürth aufgenommen haben, nach Abschluss der Verlagerung (im Jahr 2019) werden es über 500 sein. Die teils neu errichtete, teils renovierte Nutzfläche des gesamten Gebäudekomplexes wird insgesamt rund 11 000 Quadratmeter betragen.



### Leiterin des mongolischen Statistikamtes zu Besuch in der Zweigstelle Bonn



*Vizepräsident Dr. Georg Thiel und die Vorsitzende des mongolischen Statistikamtes, Ariuzaya Ayush (7. und 8. von links) mit der Delegation.*

Am 21. und 22. November besuchte die neue Leiterin des mongolischen Statistikamtes (NSO), Ariunzaya Ayush, das Statistische Bundesamt in Bonn. Der Delegation gehörten neben Vertreterinnen und Vertretern des mongolischen Statistikamtes auch fünf Abgeordnete des mongolischen Parlaments an. Der Studienbesuch fand im Rahmen des Smart-Government-Projektes statt, einem von der Weltbank finanzierten Twinning-Projekt, an dem das NSO als eine von mehreren mongolischen Behörden beteiligt ist. Wichtigste Themen waren die Strategien für einen freien Zugang zu öffentlichen Daten (Open Data) und die Nutzung von administrativen Daten für Statistiken.

Vizepräsident Dr. Georg Thiel begrüßte die Gäste in Bonn und erläuterte gemeinsam mit Carsten Rosche, in der Abteilung O des Bundesministeriums der Innern zuständig für Internationale Zusammenarbeit in Verwaltungsfragen, die Ziele und die Elemente der E-Government-Initiative der Bundesregierung. Durch den Einsatz elektronischer Informationstechnologien sollen Verwaltungsangebote für jedermann einfach, schnell und ortsunabhängig zugänglich sein. Die Regierung der Mongolei will mit Unterstützung der Weltbank ein eigenes Datenportal aufbauen und sucht daher den Austausch mit internationalen Partnern.

Ein weiteres Thema war die Nutzung von schon bei anderen öffentlichen Behörden vorhandenen Daten am Beispiel der Steuer- und Landwirtschaftsstatistik sowie für den Bevölkerungszensus, um die Haushalte und Unternehmen zu entlasten. Bernd Störtzbach, Leiter der Gruppe B 1 „Planung und Koordinierung, internationale Kooperation, Rechtsfragen der Statistik“, stellte die rechtlichen Grundlagen vor. Die behördenübergreifende Zusammenarbeit in der Landwirtschaftsstatistik erläuterten Hermann Seewald, Leiter der Gruppe G 1 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ und Dr. Wolfgang Hauschild (Referat G 101, „Gartenbau, Obst“) gemeinsam mit dem für Statistik verantwortlichen Referatsleiter im BMEL, Dr. Volker Appel. Unter gleichem Blickwinkel stellte Axel Ehlert (Referat F 310, „Umsatzsteuer, Verbrauchsteuern, Steuerhaushalt, Realsteuervergleich“) die Steuerstatistik und Stephanie Hirner (Referat F 101, „Anschriftenregister, Referenzdatenbestand“) die Volkszählungen vor.

Auf großes Interesse stieß auch der Vortrag von Prof. Dr. Markus Zwick, Leiter des Referats B 205 „Wissenschaftskooperation, Mikrosimulation, Big Data“, zur Gewinnung für die Statistik relevanter Informationen aus großen Datenmengen (Big Data). Der Besuch in Bonn bildete den Auftakt einer Reise, die die Gäste auch zu den Statistikämtern Estlands und Finnlands führte. Beide Länder sind Vorreiter im Bereich Open Data.





### Internationaler Workshop zu Vermögensbilanzen in China

Vom 16. bis 18. November fand in Peking ein internationaler Workshop zu Vermögensbilanzen statt, der vom Bildungs- und Trainingszentrum des chinesischen Statistikamts NBS organisiert worden war. Als internationale Experten waren Vertreterinnen und Vertreter des Statistischen Bundesamtes (Dr. Oda Schmalwasser), von Statistics Canada (Emmanuel Manolikakis) sowie vom Bureau of Economic Analysis (BEA) der USA (Robert Kornfeld) eingeladen worden, den Workshop fachlich zu gestalten.

Teilnehmende waren neben Fachleuten des NBS, insbesondere aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, verschiedener chinesischer Ministerien sowie regionaler Statistikbüros auch jeweils zwei Vertreter aus weiteren neun asiatischen Staaten, unter anderem aus Indonesien, Malaysia, Vietnam und Myanmar. Auf der Grundlage der unterschiedlichen Ansätze zur Aufstellung der Vermögensbilanzen und der unterschiedlichen Bedeutung, die ihnen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bzw. im politischen Kontext der verschiedenen Länder (Stichwort: [G20 Data Gaps Initiative](#)) zugemessen wird, fand eine sehr lebhaft geführte fachliche Diskussion statt.

### Conference of European Statistics Stakeholders (CESS) am Tag der europäischen Statistik in Budapest

Am „Tag der europäischen Statistik“, dem 20. Oktober, begann in Budapest die zweitägige „Conference of European Statistics Stakeholders“ (CESS), eine gemeinsame Veranstaltung von Eurostat, der Europäischen Zentralbank, dem European Statistical Advisory Committee sowie der Federation of European National Statistical Societies, ausgerichtet vom ungarischen Statistikamt, um den Austausch zwischen Methodikern, Produzenten und Nutzern von Statistiken in Europa zu fördern.

Es ging um Diskussion von Nutzerbedürfnissen, den Austausch von „best practices“ bei der Produktion von amtlichen Statistiken, die Präsentation von innovativen Wegen der Visualisierung und Kommunikation von Statistiken sowie das Voranbringen neuer methodischer Ideen der Datenerhebung und Datenanalyse.

Ein besonderer Schwerpunkt der Konferenz lag auf der Bereitstellung und Verbreitung von statistischen Daten und Ergebnissen für die interessierte Öffentlichkeit. In diesem Kontext stellte Prof. Dr. Ehling, Leiter der Gruppe C 1 „Mathematisch-statistische Methoden, Forschungsdatenzentrum“ im Statistischen Bundesamt, ein Konzept für ein neues Metadaten-System vor, welches die Nutzeranforderungen an aktuelle und hochqualitative Metadaten berücksichtigt. Überdies soll durch das neue System eine Reduktion des Aufwandes bei der Bereitstellung und Verwaltung der Metadaten durch die betreuenden Forschungsdatenzentren erreicht werden.

Ein weiterer Fokus der Tagung lag auf der statistischen Modellierung und hier vor allem der Small-Area-Schätzungen im Kontext der amtlichen Statistik. Zu diesem Themenkomplex stellte Dr. Thomas Zimmermann, Referent im Referat C 102 „Mathematisch-statistische Verfahren für Preise, Verdienste, Dienstleistungen“, eine Studie zu den Möglichkeiten der Anwendung von Small Area – Schätzverfahren im kommenden Zensus vor. In den anschließenden Gesprächen zeigte sich, dass die polnischen Kolleginnen und Kollegen vor ähnlichen Fragen stehen und es wurde ein Austausch vereinbart. Weitere Informationen zur Konferenz unter [www.ksh.hu/cess2016](http://www.ksh.hu/cess2016).



### Delegation aus Moskau zu Besuch in Wiesbaden

Vom 14. bis 18. November richtete das Statistische Bundesamt einen Studienbesuch zum Thema „Datenquellen und moderne Methoden der Datenerhebung in der Preisstatistik“ aus. Die Delegation bestand aus zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Amtes der Russischen Föderation (Rosstat) und wurde geleitet von Larisa Kobrinskaya, Abteilungsleiterin Preis- und Finanzstatistik.



Von links: Irina Kostakova, Marina Perchuk, Liudmila Fatianova, Sergey Matov, Elena Lvova, Mikhail Afonin, Tamara Vlasova, Marina Ryzanovna, Bernd Störtzbach, Larisa Kobrinskaya, Michael Kuhn, Svetlana Ulanova, Florian Burg, Ute Egner, Christian Blaudow, Cornelia Grohmann, Gunnar Christofzik, Christine Kronz, Jana Lipps.

Bernd Störtzbach, Leiter der Gruppe B 1 „Planung und Koordinierung, internationale Kooperation, Rechtsfragen der Statistik“, und Michael Kuhn, Leiter der Gruppe D 3 „Preise“, begrüßten die Gäste. Florian Burg, Leiter des Referats D 303 „Verbraucherpreise“, leitete den Studienbesuch fachlich. Neben einer Übersicht des deutschen Systems der Preisstatistik und der Verbraucherpreisstatistik stellten die Beschäftigten der Gruppe D 3 folgende Themen vor:

- Datenquellen der Verbraucherpreisstatistik (Florian Burg, Referat D 303 „Verbraucherpreise“)
- Big Data (Christian Blaudow, Referat D 304 „Zwischenörtliche Preisvergleiche, Parteienindex“)
- Beschaffung und Umgang mit Scannerdaten (Claudia Weißer, Referat D 306 „Methoden und Kommunikation in der Preisstatistik“)
- Preiserhebung im Internet für die Verbraucherpreisstatistik (Florian Burg)
- Preiserhebung mit Web Scraping (Christian Blaudow)
- Ersetzung und Fortschreibung in der Verbraucherpreisstatistik (Ute Egner, Referat D 303 „Verbraucherpreise“)
- Berechnung des Verbraucherpreisindex (Gunnar Christofzik, Referat D 303 „Verbraucherpreise“)
- IT-System der deutschen Verbraucherpreisstatistik (Gunnar Christofzik)
- Regionale Preisvergleiche und Durchschnittspreise auf europäischer Ebene (Dieter Schäfer und Bernhard Goldhammer, Referat D 306 „Methoden und Kommunikation in der Preisstatistik“)

Den fachlichen Vorträgen vorangestellt waren Einführungen über das System der amtlichen Statistik in Deutschland (Christine Kronz, Referat B 105 „Bilaterale und internationale Kooperation, Sprachendienst, ESTP, Auslandsdienstreisepflege“) und über das Europäische Statistiksistem (Dorothea Klumpen, Referat B 102 „Supra- und inter-





nationale Koordinierung“) sowie ein Vortrag über das Management der Datenqualität im Statistischen Bundesamt (Mirko Herzner, Referat B 203 „Datenqualität, abteilungsübergreifende Methodenentwicklung“).

Die russischen Kolleginnen und Kollegen berichteten ihrerseits über das russische Statistiksystem und das System der Preisstatistiken.

Das Seminar fand im Rahmen des von der Weltbank finanzierten Projektes „STASYS II – Zweites Projekt zur Weiterentwicklung des staatlichen Statistiksystems der Russischen Föderation“ statt und basierte auf der langjährigen Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und Rosstat.

### Leiter des chinesischen Statistikamtes in Wiesbaden

Am 18. November besuchte auf Einladung von Präsident Sarreither eine von Ning Jizhe, dem Leiter des chinesischen Statistikamtes NBS, angeführte Delegation das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Anlass war die feierliche Unterzeichnung der neuen Kooperationsvereinbarung zwischen beiden Ämtern. Sie sieht eine Zusammenarbeit auf den Gebieten der Preis- und Baustatistik in den kommenden drei Jahren vor.



*Unterzeichnung der Projektverträge durch die beiden Amtsleiter Ning Jizhe und Dieter Sarreither.*

Nach dem Empfang und dem Eintrag ins Gästebuch des Statistischen Bundesamtes gaben Zhang Jun, Abteilungsleiter Internationales beim NBS, und Bernd Störtzbach, Leiter der Gruppe B 1 „Planung und Koordination, internationale Kooperation, Rechtsfragen der Statistik“, einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen in den jeweiligen Statistiksystemen mit Augenmerk auf künftige Herausforderungen.

Im Nachmittagsteil der Veranstaltung blickten die Gäste zurück auf die Erfolge der bisherigen Zusammenarbeit: 2016 wurde das Teilprojekt zur Kostenstrukturstatistik abgeschlossen (siehe Heft 2/2016, S. 15). Als Ergebnis der Zusammenarbeit überarbeitete das NBS das Arbeitsprogramm für die Kostenstrukturerhebung in China auf Grundlage der Beratungsergebnisse mit den deutschen Kolleginnen und Kollegen. Das zweite Teilprojekt zur Beschäftigtenstatistik soll Anfang 2017 beendet werden.

2017 bis 2019 sollen die Baustatistik und die Wohnimmobilienpreisstatistik behandelt werden. Damit werden in den kommenden Jahren zwei Themengebiete bearbeitet, die sowohl in Deutschland als auch in China verstärkt im öffentlichen Fokus stehen.

Für die Gäste schloss sich eine Exkursion nach Rüdesheim mit seinen Weinbergen und in die historische Altstadt Heidelbergs an, bevor sie zu einer Veranstaltung der United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) in Wien weiterreisten.



### Abschlusskonferenz des KAZSTAT-Projektes in Astana

Nach vier arbeitsreichen Jahren steuert das KAZSTAT-Twinning-Projekt zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem kasachischen Statistikkomitee (CS) auf sein Ende zu. Daher waren die Amtsleitungen sowie am Projekt beteiligte Institutionen am 3. November zu einer Abschlusskonferenz in die Hauptstadt Astana geladen. Dort stellten kasachische und internationale Fachleute die Ergebnisse und Erfolge des Projektes, welches das gesamte statistische System Kasachstans umfasste, der Öffentlichkeit und den beteiligten Institutionen vor.



*Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Abschlusskonferenz in Astana.*

Die Konferenz unter Beteiligung des Statistischen Bundesamtes, der Weltbank, mehrerer in das Projekt involvierter nationaler Statistikämter sowie Botschaftsvertreter stieß auf großes Medieninteresse. In einer Pressekonferenz erläuterte Präsident Dieter Sarreither die erzielten Fortschritte aus Sicht des Statistischen Bundesamtes.

Seit Projektbeginn im Oktober 2012 bis zur Abschlusskonferenz im November 2016 hat das KAZSTAT-Twinning-Projekt 262 Beratungseinsätze internationaler Fachleute, 129 Studienbesuche kasachischer Delegationen und 36 Teilnahmen von Beschäftigten des CS an internationalen Konferenzen ermöglicht. In der gesamten Projektlaufzeit wurden etwa 1300 Angestellte des öffentlichen Dienstes Kasachstans geschult. Diese Schulungsmaßnahmen schufen die Basis für die Projektergebnisse, die am 3. November in Astana der Öffentlichkeit präsentiert wurden.

Die Bilanz aller am Projekt beteiligten Institutionen fällt sehr positiv aus. Der Vertreter der Weltbank, Mustafa Dinc, bescheinigte dem Projekt einen Vorbildcharakter: „Die Weltbank hat das KAZSTAT Projekt aus allen Weltbank Projekten in Kasachstan als das erfolgreichste Projekt herausgehoben. Sowohl das Statistische Bundesamt in seiner Rolle als Konsortialführer als auch das CS als Begünstigter zeichneten sich insbesondere durch die effektive und zeitgerechte Projektumsetzung aus.“



Präsident Dieter Sarreither und der Leiter des kasachischen Statistikkomitees Nurbolat Aidapkelov haben am Rande der Konferenz die Gelegenheit genutzt, sich mit Vertretern der Weltbank über Möglichkeiten für eine fortgesetzte Kooperation zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem CS auszutauschen.

Das KAZSTAT-Projekt sollte die analytischen Kapazitäten des kasachischen Statistisches und weiterer Regierungsbehörden verbessern, um die Bereitstellung verlässlicher und relevanter statistischer Daten für die Öffentlichkeit und die Regierung zu ermöglichen. Essentielle Fortschritte sind bei der Verbesserung der IT-Infrastruktur, der Angleichung der Erhebungsmethoden an internationale Standards, der Optimierung des Images der amtlichen Statistik Kasachstans, der Entlastung der Auskunftsgewerben sowie der Stärkung der 16 regionalen Statistikämter Kasachstans erzielt worden.

Neben dem Statistischen Bundesamt als Konsortialführer waren die Konsortialpartner Finnland, Tschechien, Slowakei, Russland und Korea sowie die ebenfalls am Projekt beteiligten Statistikämter der Türkei und Italiens in Astana vertreten.

Vor diesem Hintergrund fand am 17. und 18. Oktober der letzte Studienbesuch in Deutschland statt. Vier Beschäftigte aus dem kasachischen Statistikkomitee wurden an zwei Tagen unter Federführung von Dr. Bernd Becker, Leiter der Gruppe H 1 „Gesundheit, Soziales“, in Bonn zur Statistik der Kinder- und Jugendhilfe beraten. Die kasachische Delegation stellte Fragebögen zur Statistik der Arbeitsunfälle vor, die nach internationalen Empfehlungen überarbeitet wurden.

Ein wichtiges Thema für die Sozialstatistiken sind die nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen, die eine Reihe von Datenanforderungen an die amtliche Statistik mit sich bringen. Auch darüber haben sich die kasachischen Expertinnen ausgetauscht.

Der zweite Teil des Besuchsprogramms führte die Delegation anschließend zum Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen nach Kamenz. Dort organisierten die sächsischen Kolleginnen und Kollegen ein umfangreiches Programm für die kasachischen Expertinnen. Die Delegation aus Kasachstan zeigte besonderes Interesse an interaktiven Karten zur Bevölkerungsentwicklung in Sachsen. Von großem Interesse war auch die Definition und Messung der Armutsquote, die im Rahmen der Vorstellung von Sozialindikatoren ausführlich diskutiert wurde.

Seit Projektbeginn im Oktober 2012 fanden im KAZSTAT-Projekt insgesamt 38 Studienbesuche im Statistischen Bundesamt und bei anderen nationalen Datenproduzenten in Deutschland statt. Die Umsetzung von Experteneinsätzen in Astana läuft noch bis März 2017.



### Treffen mit der deutschen Kommunal- und Regionalstatistik



*Von links: Präsident Dieter Sarreither, Wolf Schäfer (Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth), Michael Haußmann (Statistisches Amt der Stadt Stuttgart), Hartmut Bömermann (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg), Marion Frisch (Bayerisches Landesamt für Statistik), Dr. Hanna Sommer (Deutscher Städtetag).*

Am 17. Oktober besuchte eine Delegation aus Vertretungen von Kommunal- und Regionalstatistik das Statistische Bundesamt in Wiesbaden: Dr. Hanna Sommer vom Deutschen Städtetag und deren Vertreterin im Arbeitskreis Städtestatistik und Wahlen (AK SSW), erschien mit Wolf Schäfer vom Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Michael Hauß vom Statistischen Amt der Stadt Stuttgart, Hartmut Bömermann vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg und Präsidentin Marion Frisch vom Bayerischen Landesamt für Statistik.

Die Delegation informierte sich über neue Entwicklungen auf dem Gebiet der amtlichen Regionalstatistik und diskutierte mit dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Dieter Sarreither, Ansatzpunkte für eine Intensivierung der Zusammenarbeit. So stellte Sabine Köhler, Leiterin des Referats A 203 „Aus- und Fortbildung“, das vom Statistischen Bundesamt entwickelte E-Learning-Angebot „Regionalstatistik“ vor, das auch Beschäftigten anderer statistischer Ämter zur Verfügung stehen soll.

Die Arbeiten im Rahmen des EU-Projektes „Urban Audit“ erläuterten Thomas Körner, Leiter des Referats F 206 „Arbeitsmarktberichterstattung und Analyse aus Mikrozensus und Arbeitskräfteerhebung“, Dr. Robert Herter-Eschweiler, Referat H 306 „Auswertung und Analyse der Haushaltserhebungen“, und Dr. Susanne Schnorr-Bäcker, Leiterin des Referats B 204 „Koordination Regionalstatistik, Indikatoren“. Michael Kuhn, Leiter der Gruppe D 3 „Preise“, sprach mit den Gästen über die Möglichkeiten regionaler Preisstatistiken. Das Thema kleinräumige Daten vor dem Hintergrund der Georeferenzierung und den Anforderungen des Statistikgeheimnisses erläuterte Marion Engelter, Leiterin der Gruppe B 1 „Planung und Koordination, internationale Kooperation, Rechtsfragen der Statistik“, zusammen mit der Datenschutzbeauftragten Susanne Spacek und mit Sarah Gießing, Leiterin des Referats C 104 „Statistische Geheimhaltung; Mathematisch-statistische Methoden für Plausibilisierung und Imputation“.





### Destatis auf der Marktforschungsmesse Research & Results

Mit dem Ziel, seine Marktpräsenz zu erhöhen, zeigte sich das Statistische Bundesamt in diesem Jahr erstmals auf der „Research&Results (R&R)“.

Die R&R ist eine der wichtigen Marktforschungs-Messen. Sie fand am 26. und 27. Oktober in München statt. Über 190 Aussteller aus dem In- und Ausland waren dabei, darunter bekannte Adressen wie Bitkom Research, GESIS, GfK, Infas, Ipsos und Statista. Über 3 300 Besucherinnen und Besucher kamen in den zwei Tagen in die beiden Messehallen. Viele Firmenvertreter waren unterwegs, um sich über Marktforschungsvorhaben in eigener Sache zu informieren.

Der Stand des Statistischen Bundesamtes mit seiner Leuchtwand und dem Slogan „Statistik hat viele Gesichter“ fand sofort Interesse und es kam zu einer großen Zahl von Fachgesprächen mit den Vertretern von B i-Punkt „Hauptstadt-service, Kundenkommunikation, Internationale Statistik“ und B 2 „Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik“. Im Mittelpunkt standen dabei die Datenverfügbarkeit und die Zugangsoptionen. Hinzu kamen die Möglichkeiten zur Datenbereitstellung auf regionaler Ebene.



*Ralf Müller vom Referat B-iPunkt101 (rechts) im Gespräch mit einem Messebesucher.*

Ein weiteres Thema war die Datenerhebung mit mobilen Endgeräten (via Tablet/Smartphone). Hier erhielt das Referat B 201 „Fragebogenpretest, Erhebungsmethoden“ Eindrücke von den aktuellen Entwicklungen, u. a. zu den Themen: Mobile First und Eye-Tracking. Zudem fand in Workshops und anschließenden Fachgesprächen ein reger Informationsaustausch mit anderen Ausstellern statt.



### Ergebniskonferenz zur Zeitverwendungserhebung 2012/2013 zeigte das breite Spektrum an Forschungsansätzen

An der Ergebniskonferenz zur Zeitverwendungserhebung 2012/2013 am 5. und 6. Oktober im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden nahmen über 70 Personen teil. Sie wurden durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Dieter Sarreither, und Gudrun Scheithauer als Stellvertreterin des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) begrüßt.



*Gudrun Scheithauer (BMFSFJ) bei der Begrüßung*

Die vom BMFSFJ und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Stichprobenerhebung bei privaten Haushalten war die dritte Erhebung ihrer Art in Deutschland nach 1991/1992 und 2001/2002. Sie wurde mit den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt und durch einen interdisziplinär besetzten wissenschaftlichen Auswertungsbeirat begleitet.

In ihrem Kern beleuchtete die Erhebung, wie viel Zeit für verschiedene Lebensbereiche aufgewandt wird, etwa für Erwerbstätigkeit, Bildung, Freizeitaktivitäten oder für unbezahlte Arbeit, und zu welchem Zeitpunkt im Tagesverlauf die verschiedenen Aktivitäten ausgeübt wurden. Darüber hinaus lieferte die Erhebung Daten zum subjektiven Zeitempfinden der Bevölkerung, u. a. zu Zeitstress, Zeitkonflikten und Zeitwünschen.

Im Rahmen der Konferenz stellten die Mitglieder des Auswertungsbeirats in 18 Vorträgen ihre Ergebnisse vor. Die Vorträge zeigen das breite Themenspektrum von der Zeitverwendung in verschiedenen Lebenslagen, über geschlechtsspezifische Besonderheiten der Zeitverwendung, Zeitverwendung für Kultur und Bildung sowie freiwilliges Engagement bis hin zum volkswirtschaftlichen Wert der unbezahlten Arbeit.

Es sprachen:

Dr. Brigitte Sellach von der Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Frauen- und Genderforschung e. V. (GSF) und Dr. Astrid Libuda-Köster vom Institut für Projektevaluation und sozialwissenschaftliche Datenerhebung (IPSE) über [„Gleichstellungspolitik im Spiegel der Zeitverwendungserhebung“](#) und [„Hausaufgabenbetreuung von Eltern in der Familie“](#)

Dr. Martin Bujard und Ralina Panova vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung über [„Zeitverwendung von Frauen und Männern“](#)

Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe und Nina Klünder von der Justus-Liebig-Universität Gießen über [„Gleichstellung und innerfamiliäre Arbeitsteilung“](#)



Prof. Dr. Sabine Walper und Shih-cheng Lien vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) über [„Aktive Vaterschaft in unterschiedlichen Familienformen und -phasen“](#)

Dr. Heike Wirth vom GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Mannheim, über [„Zeitverwendung von Kindern und Jugendlichen“](#)

Dr. Ingmar Rapp, Prof. Dr. Thomas Klein und Jonathan Gruhler von der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg über [„Sportaktivität – Verbreitung und soziale Unterschiede“](#) und [„Soziale Einbindung im Lebenslauf: Formen und soziale Unterschiede“](#).

Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld von der Hertie School of Governance, Berlin, und Prof. Dr. Dirk Konietzka von der Technischen Universität Braunschweig über [„Alltagsmobilität im Tages- und Lebensverlauf“](#)

Prof. Dr. Thomas Klie von der Evangelischen Hochschule Freiburg und Prof. Dr. Baldo Blinkert von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg über [„Formen der Solidarität“](#) (Ehrenamt, Nachbarschaftshilfe, Pflege)

Prof. Dr. Annette Zimmer von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Dr. Eckhard Priller vom Maecenata Institut und Luise Burkhardt vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) über [„Freiwilliges Engagement von Frauen“](#)

Prof. Dr. Joachim Merz von der Leuphana Universität Lüneburg über „Zeit, Wohlstand und Zufriedenheit – Multidimensionale Polarisierung von Zeit und Einkommen“

Norbert Schwarz vom Statistischen Bundesamt über die [„Entwicklung der unbezahlten Arbeit in Deutschland“](#)

Dr. Iris Gönsch vom Statistischen Bundesamt über [„Bildung im Lebenslauf“](#)

Dr. Christina Boll und Andreas Lagemann vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) über [„Zeitverwendung auf bildungsnahe Aktivitäten: Eltern und Kinder im Vergleich“](#)

Dr. Katharina Kluczniok, Sabine Blaurock, M. A. und Prof. Dr. Hans-Günther Roßbach von der Universität Bamberg über [„Lern- und bildungsbezogene Aktivitäten in Familien mit Kindern unter 10 Jahren“](#)

Heribert Engstler und Prof. Dr. Clemens Tesch-Römer vom Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA), Berlin, über [„Zeitverwendung der Angehörigen, die ein Haushaltsmitglied pflegen“](#)

Anja Liersch vom Statistischen Bundesamt über [„Zeitverwendung für Kultur und kulturelle Aktivitäten“](#)

Die Analysen der Beiratsmitglieder zeigten auf, über welch großes inhaltliches Potenzial die Zeitverwendungserhebung verfügt. Die Ergebnisse geben konkrete Anhaltspunkte für familien-, bildungs- und sozialpolitische Maßnahmen in Deutschland.

Das Programmheft, Kurzfassungen der Vorträge und alle verfügbaren Präsentationen sind unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de) > „Über uns“ > „Veranstaltungen“ > „Wissenschaftliche tagung: Ergebniskonferenz zur Zeitverwendungserhebung“ abrufbar.





### 10 Jahre Nationaler Normenkontrollrat: Lob für die Zuarbeit des Statistischen Bundesamtes

Der Nationale Normenkontrollrat überreichte am 21. September der Bundeskanzlerin seinen Jahresbericht 2016 zur Bürokratie- und Kostenbelastung durch neue gesetzlicher Regelungen. Zugleich endete die aktuelle Mandatszeit des Nationalen Normenkontrollrates, der sich insgesamt seit 10 Jahren für den Abbau von Bürokratie und die Begrenzung gesetzlicher Folgekosten einsetzt. Anlässlich dieses Jubiläums fand im Bundeskanzleramt eine Veranstaltung mit über 200 Gästen, darunter zahlreichen Wegbegleitern, statt.



*Von links: Holger Schwannecke (Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks), Heinrich Tiemann (Staatssekretär a.D. im Bundesministerium für Arbeit und Soziales), Roderich Egeler (ehemaliger Präsident des Statistischen Bundesamtes), Eckart von Klæden (Daimler AG, Staatsminister a.D.)*

An einer der Podiumsdiskussionen nahm als ehemaliger Präsident des Statistischen Bundesamtes auch Roderich Egeler teil. In der Rückschau wurde die Arbeit des Rates uneingeschränkt gelobt, die zu einem Kulturwandel in der Gesetzgebung beigetragen hat. Zwei Weichenstellungen der damaligen Bundesregierung wurden als Fundament des nachhaltigen Erfolgs identifiziert: Zum einen die gesetzliche Verankerung der Methode und der Position des Rates und zum anderen die Entscheidung für das Statistische Bundesamt als Dienstleister bei der Bürokratiekostenermittlung.

Als Schwerpunkte der neuen dritten Mandatszeit sind die Bewertung des Nutzens im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung, die Verbesserung der ebenenübergreifenden Vollzugaufwandsermittlung und ein umfassendes E-Government benannt worden.

In den begleitenden Reden zur offiziellen Übergabe des Jahresberichts an die Bundesregierung lobten sowohl NKR-Vorsitzender Dr. Johannes Ludewig als auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mehrfach ausdrücklich das Statistische Bundesamt und seine Arbeit.

Der Jahresbericht 2016 und eine zur Festveranstaltung erschienene Bilanzbroschüre sind unter [www.normenkontrollrat.bund.de](http://www.normenkontrollrat.bund.de) abrufbar.

### Statistisches Jahrbuch 2016 erschienen



Am 27. Oktober stellte Präsident Dieter Sarreither der Presse in Berlin das Statistische Jahrbuch 2016 vor. Seine fast 700 Seiten mit statistischen Informationen aus allen Bereichen machen es zu einem guten Ausgangspunkt für Recherchen. Die Daten von externen Datenproduzenten (z. B. der Bundesbank, der Gesellschaft für deutsche Sprache oder der Bundesagentur für Arbeit) tragen dazu bei, ein umfassendes Bild zu vermitteln.

Traditionell steht die Pressekonferenz zur Präsentation des Jahrbuchs unter einem Motto. Es lautete diesmal: „Wie gesund leben wir?“ Fakten dazu: An Lungen- und Bronchialkrebs starben im Jahr 2014 insgesamt 45 000 Menschen in Deutschland. Bei Männern (29 500) war das die zweithäufigste Todesursache. Lungen- und Bronchialkrebs führte bei rund 15 500 Frauen zum Tod. Damit ist die Zahl der an Lungen- und Bronchialkrebs verstorbenen Frauen in den letzten zehn Jahren um 41 % angestiegen. Als eine der typischen „Zivilisationskrankheiten“ gilt starkes Übergewicht (Adipositas). Fast 16 von hundert Erwachsenen in Deutschland hatten 2013 einen Body-Mass-Index (BMI) von 30 und mehr – Männer etwas häufiger als Frauen. Der Anteil dieser stark Übergewichtigen nimmt zu: Im Jahr 1999 hatte er bei Männern noch zwölf Prozent betragen, bei Frauen elf Prozent.

Ein wirksames Mittel gegen starkes Übergewicht ist Bewegung. Durchschnittlich 27 Minuten täglich haben die Menschen in Deutschland 2012/2013 mit Sport und körperlicher Bewegung verbracht. Der Zeitaufwand ist in den letzten elf Jahren relativ konstant geblieben. Fürs Fernsehen (einschließlich Videos und DVDs) nahmen wir uns allerdings mit 124 Minuten etwa 4,5 mal so viel Zeit. Seit 2001/2002 ist der durchschnittliche Fernsehkonsum um elf Minuten angestiegen.

Für eine gesunde Lebensweise spielt auch die Ernährung eine wichtige Rolle. Im Jahr 2014 war es rund acht Prozent der Bevölkerung nach eigenen Aussagen aus finanziellen Gründen nicht möglich, jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit (vegetarisch beziehungsweise mit Fleisch, Geflügel oder Fisch) zu sich zu nehmen. Überdurchschnittlich häufig von dieser Form der materiellen Entbehrung betroffen waren Alleinerlebende und Personen in Alleinerziehendenhaushalten (2014: jeweils 16 Prozent).

Nach ihrer individuellen Einschätzung befragt, bewerteten fast zwei Drittel der Bevölkerung im Jahr 2014 ihren Gesundheitszustand als sehr gut oder gut, rund acht von hundert nannten ihn „sehr schlecht“ oder „schlecht“. Dabei gab es kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen.

Das Statistische Jahrbuch steht unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de) > Publikationen > Statistisches Jahrbuch kostenlos zum Download zur Verfügung. Druckexemplare können zum Stückpreis von 71 Euro im Buchhandel erworben oder unter [www.destatis.de/jahrbuch](http://www.destatis.de/jahrbuch) (Bestellnummer: 1010110-16700-1, ISBN: 978-3-8246-1049-5) bestellt werden.



## Mitarbeit am UN-Handbuch zu Flüchtlingsstatistiken

Eine Expertengruppe erarbeitet derzeit im Auftrag des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) ein Handbuch zu Flüchtlingsstatistiken und einen Bericht zu Binnenvertriebenen (internally displaced persons, IDP). Die „**Expert Group on Refugee and IDP Statistics**“ (EGRIS) traf sich erstmals am 7. und 8. November in Kopenhagen. Das Statistische Bundesamt war vertreten durch Dr. Gunter Brückner, Leiter des Referats F 204 „Ausländer- und Integrationsstatistiken, Wohnen“, und Natalie Rosenski, Referentin im Referat B203 „Datenqualität, abteilungsübergreifende Methodenentwicklung“.

Das Handbuch soll unter anderem Kapitel zum rechtlichen Rahmen und zu Definitionen sowie zum Erfassen der Anzahl an Flüchtlingen enthalten; an beiden arbeitet das Statistische Bundesamt mit. Weitere Kapitel betreffen die Standardisierung der Konzepte und Methoden, die Festlegung der Erhebungsmerkmale, die Abstimmung von Verfahren zur Quantifizierung der Integration von Flüchtlingen sowie die Erstellung und Koordinierung von vergleichbaren Statistiksyste men auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene.

In der Plenarsitzung wurden die Beziehungen zwischen den Kapiteln und kapitelübergreifende Probleme diskutiert. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen wollen bis zur nächsten Sitzung einen ersten Entwurf ihres jeweiligen Kapitels erstellt haben. Diese Sitzung soll voraussichtlich im April 2017 in Oslo stattfinden. Vertreterinnen und Vertreter der Expertengruppe werden auf der 48. Sitzung der Statistischen Kommission der UN im März 2017 über den Stand der Arbeiten berichten.



## Datenbedarf der Mindestlohnkommission war Thema im Fachausschuss „Preise und Verdienste“

Am 16. November tagte der Fachausschuss „Preise und Verdienste“ in Wiesbaden zum Thema „Verdienststatistik im Zeichen des Mindestlohns“. Hierzu waren alle Mitglieder des Statistischen Beirats eingeladen.

Der Fachausschuss beschäftigte sich mit dem umfangreichen Datenbedarf, der durch die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro je Arbeitsstunde zum 1. Januar 2015 für die Verdienststatistiken entstanden ist. Die Mindestlohngesetzgebung brachte hierzu wesentliche Änderungen bei der alle vier Jahre stattfindenden Verdienststrukturerhebung mit sich:

Erstmals war es für das Berichtsjahr 2014 möglich, die gesamte Wirtschaft abzubilden, da zusätzlich Betriebe mit weniger als zehn sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie Betriebe aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei erfasst werden konnten. Da jedoch auch Daten für die Zeiten zwischen den Verdienststrukturerhebungen benötigt werden, beauftragte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder mit der Durchführung einer Ad-hoc-Verdiensterhebung nach § 7 Absatz 1 Bundesstatistikgesetz (BStatG) für das Jahr 2015. Es handelt sich hierbei um eine Bundesstatistik ohne Auskunftspflicht, mit der Informationen über die Wirkungen des Mindestlohnes gewonnen werden sollten. Die Ergebnisse beider Erhebungen fanden Verwendung im ersten [Bericht](#) der Mindestlohnkommission zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns, der im Juni veröffentlicht wurde.

Die nächste Verdienststrukturerhebung findet im Jahr 2018 statt. Unter anderem für die Mindestlohnevaluation benötigen das BMAS und die Mindestlohnkommission jedoch auch Daten aus den Berichtsjahren 2016 und 2017. Daher hat das BMAS im Oktober 2016 die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder mit der Durchführung zweier weiterer Verdiensterhebungen nach § 7 Absatz 1 BStatG beauftragt.

Zum 1. Januar 2017 steigt der Mindestlohn auf Vorschlag der Mindestlohnkommission auf 8,84 Euro je Arbeitsstunde. Die Erhöhung orientiert sich am monatlichen Index der tariflichen Stundenverdienste ohne Sonderzahlungen, der vom Statistischen Bundesamt ermittelt wird. Der Index gilt als Maßstab für die allgemeine tarifliche Entgeltentwicklung und wurde von der Mindestlohnkommission aus mehreren Alternativen ausgewählt. Das Statistische Bundesamt beriet dabei die Mindestlohnkommission u. a. mit Simulationsrechnungen, bei denen noch nicht zahlungswirksam gewordene Tarifabschlüsse in den Tarifindex einfließen.

In der Sitzung des Fachausschusses „Preise und Verdienste“ informierten Vertreter des Statistischen Bundesamtes über die genannten Datengrundlagen, deren Weiterentwicklung sowie die Methodik der Datengewinnung und die wichtigsten Ergebnisse.

Als Gastredner sprach Clemens Ohlert von der Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn. Er stellte den ersten Bericht der Kommission zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns vor und bedankte sich bei den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder für die gute Zusammenarbeit und die pünktliche Bereitstellung der Daten. Herr Ohlert ging ferner auf den künftigen Datenbedarf und die Empfehlungen der Mindestlohnkommission zur Verbesserung der Datenlage ein.



## Wirtschaft und Statistik (WiSta): Sonderheft Arbeitsmarkt und Migration

Am 31. Mai und 1. Juni veranstaltete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden eine [wissenschaftliche Tagung des Fachausschusses „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“](#) zum Thema „Arbeitsmarkt und Migration“ (siehe Heft 2/2016, S. 27). Ausgewählte Vorträge der Veranstaltung sind nun als Sonderheft der Reihe „Wirtschaft und Statistik“ (WiSta) erschienen.

Wie kann man Zugewanderte in den Arbeitsmarkt integrieren? Dieses viel diskutierte gesellschaftliche Thema beleuchtet das WISTA-Sonderheft aus verschiedenen Blickwinkeln: Welche Daten sind in der amtlichen Statistik zu diesem Thema vorhanden und welche werden in Zukunft benötigt? Wie ist die aktuelle Situation von Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt? Welche Möglichkeiten eröffnen sich durch die hohen Flüchtlingszahlen für die Fachkräftesicherung und wo liegen die Herausforderungen? Das Sonderheft „Arbeitsmarkt und Migration“ steht online zur Verfügung unter [destatis.de > Publikationen > WiSta-Wirtschaft und Statistik > ältere Ausgaben > Sonderheft 7/2016](#). Eine gedruckte Ausgabe zum Preis von 18 Euro kann online bestellt werden.

## STATmagazin: Deutschkenntnisse sind Schlüssel zum Arbeitsmarkt

Die Nettozuwanderung ausländischer Personen war 2015 die höchste in der Geschichte der Bundesrepublik. Es waren verstärkt Flüchtlingsmigrantinnen und -migranten aus nichteuropäischen Ländern, die in Deutschland Schutz suchten. Für diejenigen von ihnen, die ein Bleiberecht in Deutschland erhalten, ist die Integration in den Arbeitsmarkt notwendig. Wie wichtig dabei gute Deutschkenntnisse sind, zeigt die Zusatzerhebung des Mikrozensus 2014, die sich mit der Arbeitsmarktsituation von Zuwanderern und ihren direkten Nachkommen befasst hat. Nähere Informationen sind im Internet unter [www.destatis.de > Publikationen > StatMagazin](#) abrufbar.



## 74. Sitzung des Ausschusses für die Hochschulstatistik

Am 4. November fand die 74. Sitzung des Ausschusses für die Hochschulstatistik in Wiesbaden statt. Die Sitzung stand im Zeichen der Novelle des Hochschulstatistikgesetzes (HStatG), die zum 1. März in Kraft getreten war. Die Novelle des HStatG hat Einfluss auch auf die Zahl der Ausschussmitglieder, indem sie der Vertretung der privaten Hochschulen ein eigenes Stimmrecht einräumt. Daher gab sich der Ausschuss zunächst eine neue Geschäftsordnung und passte dabei die dort genannten Quoren für Wahlen und Abstimmungen an.

Das novellierte HStatG schafft die rechtliche Grundlage, um die veränderte Hochschul Landschaft der letzten Jahre empirisch valide abbilden und so den Lieferverpflichtungen an Eurostat Rechnung tragen und der Hochschulpolitik sowie der Hochschulplanung die erforderlichen statistischen Datengrundlagen bereitstellen zu können. Im Einzelnen wurde der Aufgabenkatalog der statistischen Ämter um folgende Aufgaben ergänzt:

- Erweiterung des Merkmalskatalogs zur Hochschulpersonalstatistik zum 1. Dezember 2016 sowie zur Studierenden- und Prüfungsstatistik ab dem Sommersemester 2017
- Einführung von Statistiken über Promovierende, Berufsakademien und der Hochschulräte, jeweils zum Berichtsjahr 2017
- Einführung einer Studienverlaufsstatistik auf Basis einer zentralen Studienverlaufsdatenbank im Statistischen Bundesamt
- Aufbau einer Auswertungsdatenbank beim Statistischen Bundesamt. Das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder dürfen die Datenbank für Auswertungen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich nutzen.

Um eine frühzeitige Information der Berichtsstellen erreichen und so die Vollständigkeit und Qualität der erhobenen Merkmale positiv beeinflussen zu können, waren die Erhebungsunterlagen und Definitionskataloge für die neuen oder angepassten Statistiken schon vor der Sitzung mit der Programmarbeitsgruppe des Ausschusses abgestimmt worden. Der Hochschulstatistikausschuss erörterte den Stand der Vorbereitungsarbeiten sowie den Arbeits- und Zeitplan der statistischen Ämter für die weitere Implementierung. Danach ist der Start der Studienverlaufsdatenbank mit der Befüllung erster Studierenden- und Prüfungsdaten zum 2. Quartal 2018 vorgesehen.

Anfang 2020 soll die erste Stufe der neuen zentralen Auswertungsdatenbank Hochschulstatistik in Betrieb gehen, auf deren Grundlage die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder auf Basis der Einzeldaten Standard- und Sonderauswertungen zu allen Hochschulstatistiken erstellen können, mit Ausnahme der Statistiken zu Gasthörern und Hochschulräten. In weiteren Ausbaustufen soll die Datenbank auch als Basis für Auswertungen weiterer Stellen genutzt werden können. Eine Nutzung der Auswertungsdatenbank durch externe Nutzer wie etwa wissenschaftliche Einrichtungen setzt dabei u. a. die vorherige Implementierung eines maschinellen Geheimhaltungsverfahrens voraus, das den strengen Vorschriften des Bundesstatistikgesetzes und dem Trennungsgebot von Statistik und Verwaltung Rechnung trägt.

Weiteres Thema der Ausschusssitzung war die Verabschiedung des 16. Ausschussberichts an Bundestag und Bundesrat. Ein solcher Bericht über die Arbeit des Ausschusses ist alle vier Jahre den gesetzgebenden Körperschaften zuzuleiten. Im Fokus des aktuellen 16. Berichts steht ebenfalls die Novelle des HStatG.

Darüber hinaus befasste sich der Ausschuss für die Hochschulstatistik in seiner Sitzung mit den Möglichkeiten der Einführung eines bundeseinheitlichen Erhebungsstich-



tags in der Studierendenstatistik, mit der definitorischen Abgrenzung der strukturierten Promotion, mit den Ergebnissen der Erhebungen nach § 7 Bundesstatistikgesetz (BStatG) über Promovierende im Wintersemester 2014/15 sowie mit dem Sachstand bei der Erhebung nach § 7 BStatG zur Überprüfung der Forschungs- und Entwicklungs-(FuE-) Indikatoren für die Hochschulen. Die nächste Sitzung des Hochschulstatistikausschusses findet am 3. November 2017 im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden statt.

## Von 100 Studienanfängern in Ingenieurwissenschaften waren im Jahr 2014 nur 21 Frauen

Der Frauenanteil bei den Anfängern im tertiären Bildungsbereich (Hochschulen) variierte 2014 je nach Fachrichtung deutlich, sowohl in Deutschland als auch im Mittel der OECD-Staaten. Anfängerinnen in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften, Fertigung und Bauwesen waren mit Anteilen von 21 Prozent in Deutschland und 24 Prozent im OECD-Durchschnitt im Tertiärbereich deutlich unterrepräsentiert. Der Tertiärbereich umfasst in Deutschland außer Studiengängen an Hochschulen und Berufsakademien auch Bildungsgänge an Fachschulen (wie z. B. Meister-, Techniker- oder Erzieherausbildung) und Fachakademien.

Angesichts des prognostizierten steigenden Bedarfs an Fachkräften in mathematisch-technischen und naturwissenschaftlichen Fächern richtet sich das Interesse in Deutschland seit einigen Jahren verstärkt auf die Gewinnung von weiblichem Nachwuchs für diese Fächer.

In Brandenburg waren drei von zehn Anfängern in Ingenieurwissenschaften, Fertigung und Bauwesen im Tertiärbereich weiblich. Brandenburg verfügte damit im Ländervergleich über den höchsten Frauenanteil im technischen Bereich. Das Saarland hatte 2014 die niedrigste Frauenquote in den Ingenieurwissenschaften: 15 Prozent.

In der Fächergruppe Bio- und Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik lagen im innerdeutschen Vergleich sieben Länder sowohl über dem Durchschnitt der OECD-Staaten (37 %) als auch über dem Bundesdurchschnitt (36 %). Die Rangliste führten Sachsen-Anhalt und Brandenburg mit jeweils 41 Prozent an. Der Abstand zum Saarland mit der niedrigsten Frauenquote (31 %) lag damit bei 10 Prozentpunkten.

Im Gegensatz dazu waren in Deutschland die Anteile der Anfängerinnen in den Bereichen Erziehungswissenschaften (74 %), Gesundheit und Soziales (72 %) sowie Geisteswissenschaften und Kunst (68 %) besonders hoch. Im OECD-Mittel wiesen Erziehungswissenschaften mit 78 Prozent, Gesundheit und Soziales mit 75 Prozent sowie Geisteswissenschaften und Kunst mit 64 Prozent ebenfalls die höchsten Frauenanteile auf. Ausgeglichenere stellte sich das Geschlechterverhältnis sowohl in Deutschland als auch auf OECD-Ebene in den Fächergruppen Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie Dienstleistungen mit jeweils rund der Hälfte Frauen dar.

Diese und weitere Ergebnisse enthält die Veröffentlichung [„Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“](#). Sie steht auch im gemeinsamen [Statistik-Portal](#) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zum Download bereit. Darin werden auch Indikatoren zu den Themen Bildungszugang, Bildungsbeteiligung, Bildungswahl und Bildungsausgaben sowie zum Bildungsstand der Erwachsenen dargestellt. Die statistischen Ämter bieten mit dieser Publikation eine Ergänzung zur OECD-Veröffentlichung [„Bildung auf einen Blick“](#). Ausgewählte OECD-Indikatoren für Deutschland werden hier in einer Gliederung nach Bundesländern dargestellt.





## 196 200 Promovierende im Wintersemester 2014/2015

Im Wintersemester 2014/2015 wurden 196 200 Promovierende von Professorinnen und Professoren an deutschen Hochschulen betreut. Knapp die Hälfte aller Promovierenden strebte eine Promotion in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften (59 700 bzw. 30 %) oder Ingenieurwissenschaften (36 700 beziehungsweise 19 %) an.

Von den Promovierenden im Wintersemester 2014/2015 waren 87 000 Frauen (44 %) und 109 200 Männer (56 %). Der Anteil der ausländischen Promovierenden lag bei 15 % (28 700 Personen). Rund 111 400 Promovierende (57 %) waren an der Hochschule eingeschrieben, an der sie ihre Promotion verfolgten. Die meisten Promovierenden begannen ihre Promotion bald nach Erwerb ihres höchsten Hochschulabschlusses. So nahmen 46 % der Promovierenden (91 200 Personen) die Arbeit an ihrer Promotion bereits im Kalenderjahr ihres höchsten Hochschulabschlusses auf, weitere 24 % (47 600 Personen) im Kalenderjahr darauf.

Diese hochgerechneten Ergebnisse basieren auf freiwilligen Stichprobenbefragungen von Professorinnen und Professoren sowie Promovierenden. Dabei wurden neben strukturellen Merkmalen der Promotionsvorhaben auch Informationen zur Beschäftigungssituation der Promovierenden erfragt.

Befragungen zu den Promovierenden wurden bereits für das Wintersemester 2010/2011 durchgeführt. Die damals hochgerechnete Gesamtzahl von 200 400 Promovierenden war überschätzt und muss nachträglich auf 182 800 korrigiert werden. Demnach stieg die Gesamtzahl der Promovierenden zwischen den Wintersemestern 2010/2011 und 2014/2015 um 7 %.

Weitere detaillierte Ergebnisse zu den Promovierenden im Wintersemester 2014/2015 sowie eine ausführliche Dokumentation der Erhebungs- und Auswertungskonzepte sind im Fachbericht „[Promovierende in Deutschland](#)“ dargestellt. Weitere Ergebnisse und weiterführende Informationen liegen im Themenbereich [Hochschulen](#) vor.

.

## Elterngeld regional: Höchste Väterbeteiligung in Jena



In der thüringischen Stadt Jena bezogen die Väter bei 58 von 100 im Jahr 2014 geborenen Kindern Elterngeld. Jena löste damit den bayerischen Landkreis Main-Spessart von der Spitzenposition ab. Hier war die Väterbeteiligung mit 49,5 % am sechsthöchsten. Im Bundesdurchschnitt lag die Beteiligung von Vätern bei 34,2 %; die Mütterbeteiligung betrug 95,9 %.

In 334 von insgesamt 402 Landkreisen beziehungsweise kreisfreien Städten lag der Anteil der Kinder, deren Väter Elterngeld in Anspruch genommen haben, bei mindestens 25 %. In fast der Hälfte der Kreise (191) wurde sogar ein Anteil von mindestens 35 % erreicht – mit einer klaren regionalen Konzentration im Süden und Südosten Deutschlands.

Die Höhe des Elterngeldes ist entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen abhängig vom bisherigen Einkommen der Elterngeldbeziehenden. Auch hier gab es deutliche regionale Unterschiede: Die 286 kreisfreien Städte und Landkreise, in denen der durchschnittliche Elterngeldanspruch von vor der Geburt erwerbstätigen Vätern mindestens 1 200 Euro betrug, befanden sich ausschließlich im früheren Bundesgebiet. 18 der 19 Kreise, in denen dieser Anspruch weniger als 1 000 Euro betrug, lagen in ostdeutschen Bundesländern.

Der Elterngeldanspruch von Vätern, die vor der Geburt erwerbstätig waren, war mit bundesweit durchschnittlich 1 266 Euro – wie auch schon in den Vorjahren – deutlich höher als der Elterngeldanspruch von vor der Geburt des Kindes erwerbstätigen Müttern (921 Euro). Anders als bei den Vätern betrug der vergleichbare durchschnittliche monatliche Elterngeldanspruch von Müttern nur in 32 Kreisen mindestens 1 000 Euro. Die unterschiedlich hohen Elterngeldansprüche sind unter anderem darauf zurückzuführen, dass Väter häufiger vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig waren und in der Regel ein höheres anrechenbares Einkommen erzielten.

Die Bezugsdauer des Elterngeldes für im Jahr 2014 geborene Kinder lag im Schnitt für Väter bei 3,1 Monaten und für Mütter bei 11,6 Monaten. Während die Bezugsdauer bei Müttern regional ähnlich war, unterschied sich diese bei Elterngeld beziehenden Vätern deutlich. Die höchsten Anteile an Vätern, die sich für die Mindestbezugsdauer von zwei Monaten entschieden, gab es in Bayern (85 %) sowie in Baden-Württemberg und Thüringen (84 %).

Die Ergebnisse sowie dazugehörige Kreiskarten bietet die Publikation „Elterngeld für Geburten – 2014“ in Deutschland. Sie steht online zur Verfügung unter [destatis.de > Publikationen > Thematische Veröffentlichungen > Soziales > Elterngeld für Geburten nach Kreisen](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematische/Veroeffentlichungen/Soziales/Elterngeld_fuer_Geburten_nach_Kreisen.html).



## Armutgefährdung in Westdeutschland ist im 10-Jahres-Vergleich gestiegen

Die Armutgefährdungsquote lag im Jahr 2015 in allen westdeutschen Bundesländern außer Hamburg über dem Niveau des Jahres 2005. Der Anstieg des Armutrisikos in den letzten zehn Jahren war in Nordrhein-Westfalen am stärksten. Dort erhöhte sich das Armutrisiko im Vergleich zum Jahr 2005 um 3,1 Prozentpunkte auf 17,5 % im Jahr 2015. In Berlin (+ 2,7 Prozentpunkte) und Bremen (+ 2,5 Prozentpunkte) war der Anstieg des Armutrisikos im Jahr 2015 gegenüber 2005 ebenfalls überdurchschnittlich.

Mit Ausnahme von Berlin war die Armutgefährdung in allen östlichen Bundesländern im 10-Jahres-Vergleich rückläufig. Am stärksten war der Rückgang um jeweils 2,4 Prozentpunkte in Brandenburg (2015: 16,8 %) und Mecklenburg-Vorpommern (2015: 21,7 %), gefolgt von Sachsen-Anhalt mit einer Verringerung um 2,3 Prozentpunkte (2015: 20,1 %).

Das bundesweit höchste Armutrisiko wies im Jahr 2015 Bremen mit 24,8 % auf, gefolgt von Berlin mit 22,4 % und Mecklenburg-Vorpommern mit 21,7 %. Die niedrigsten Armutgefährdungsquoten 2015 hatten Bayern (11,6 %), Baden-Württemberg (11,8 %) und Hessen (14,4 %).

Die zeitliche Entwicklung der Armutgefährdung verlief in den Bundesländern unterschiedlich und meist nicht kontinuierlich. Beispielsweise lag die Armutgefährdung in Hamburg im Jahr 2015 mit 15,7 % auf dem gleichen Niveau wie 2005. Wie in vielen anderen Bundesländern war die Armutgefährdungsquote hier zwischenzeitlich rückläufig, um anschließend wieder anzusteigen. So sank in Hamburg bis zum Jahr 2008 das Armutrisiko zunächst kontinuierlich auf 13,1 %. In Nordrhein-Westfalen ging das Armutrisiko ausschließlich in den Jahren 2006 und 2012 leicht zurück.

Diese und weitere Ergebnisse zur Armutgefährdung, zum Teil in tiefer regionaler Gliederung, sowie Erläuterungen zu den Datenquellen und den Berechnungsverfahren stehen unter [www.amtliche-sozialberichterstattung.de/armut\\_soziale\\_ausgrenzung](http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/armut_soziale_ausgrenzung) zur Verfügung. Dort finden sich auch Armutgefährdungsquoten, die auf Basis regional unterschiedlicher Armutgefährdungsschwellen ermittelt wurden.



## Orientierungswert für Krankenhäuser 2016 beträgt 1,54 %

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht gemäß den Vorgaben des Krankenhausentgeltgesetzes den sogenannten Orientierungswert für Krankenhäuser. Er gibt die durchschnittliche jährliche prozentuale Veränderung der Krankenhauskosten wieder, die ausschließlich auf Preis- oder Verdienständerungen zurückzuführen ist. Für den Zeitraum des zweiten Halbjahres 2015 und des ersten Halbjahres 2016 beträgt der Orientierungswert im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (zweites Halbjahr 2014/erstes Halbjahr 2015) 1,54 %. Der Teilorientierungswert für Personalkosten liegt bei 2,39 % und für Sachkosten bei 0,19 %.

In die Berechnung des Orientierungswertes fließen ausschließlich Ergebnisse bereits vorhandener Statistiken ein. Dazu zählen insbesondere die Vierteljährliche Verdiensterhebung, ausgewählte Preisstatistiken und der Kostennachweis der Krankenhäuser. [Informationen über die Datengrundlagen und die Berechnungsweise des Orientierungswertes](#) für Krankenhäuser können der Kurzfassung des Konzepts zur Wertermittlung entnommen werden. Eine ausführliche Darstellung der methodischen Grundlagen ist in der Zeitschrift „[Wirtschaft und Statistik](#)“, Ausgabe September 2012, erschienen.

## Neue internationale Straftatenklassifikation wird jetzt in Deutschland angewandt

Im März 2015 verabschiedete die Statistische Kommission der Vereinten Nationen die Internationale Standardklassifikation von Straftaten für statistische Vergleiche (ICCS) sowie einen Plan, diese zu implementieren (vgl. Heft 2/2015, S. 27). Kern der Implementation ist die Entwicklung von sogenannten Korrespondenztabelle, um bestehende nationale Statistikklassifikationen in die Kategorien der ICCS überzuleiten. Für das erste ICCS-Kapitel – Tötungsdelikte – ist diese Arbeit nun abgeschlossen.

### Nationale Statistiken über Straftaten folgen den Definitionen des Strafgesetzbuches

Nationale Statistiken weisen für den nationalen Datenbedarf beispielsweise polizeilich registrierte Fälle, Tatverdächtige, Abgeurteilte oder Strafgefangene wegen vorsätzlicher Tötung, fahrlässiger Tötung oder vorsätzlichen Delikten anderer Art mit Todesfolge nach. Die Definition dieser Straftaten erfolgt dabei in Abgrenzung des deutschen Strafgesetzbuches und Nebenstrafrechts. Als Massenstatistiken berichten sie über Volumen und Struktur, nicht aber über Einzelfallentscheidungen. So ist statistisch nachweisbar, wie viele rechtskräftige Aburteilungen es wegen Mordes, wegen Körperverletzung mit Todesfolge oder wegen fahrlässiger Tötung gab. Statistisch nicht bekannt ist, ob nur deshalb wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt wurde, weil der Tötungsvorsatz nicht zweifelsfrei nachweisbar war.

### Für internationale Vergleiche ist statistische Harmonisierung nötig

Die vom Statistischen Bundesamt koordinierten nationalen Datenlieferungen an das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und an das Statistikamt der Europäischen Union (Eurostat) weisen polizeilich registrierte Fälle, Tatverdächtige, Verurteilte sowie Strafgefangene wegen Tötungen in Abgrenzung der ICCS nach – sofern die ICCS-Kategorie auch nach deutschem Recht strafbar ist. Dazu dient die Korrespondenztabelle, welche die ICCS-Definitionen in die nationalen Tötungskategorien überführt.

Aufgrund der ICCS-Definition von „intentional homicide“ wäre es zum Beispiel unerheblich, ob der Tötungsvorsatz nachgewiesen werden kann oder nicht, da auch Körperverletzung mit fahrlässig „durch“ die Tat herbeigeführter Todesfolge als „intentional homicide“ in Abgrenzung der ICCS gilt. Umgekehrt gibt es in der Korrespondenztabelle auch Zuordnungsschwierigkeiten, bei denen nur eine teilweise Vergleichbarkeit erreicht werden kann. Wird die rechtliche, organisatorische und technische Ausgangssituation in Deutschland berücksichtigt, ist die Einbettung der ICCS in die bestehende statistische Infrastruktur über die Erstellung von Korrespondenztabelle zur ICCS der schnellste, kostengünstigste und praktikabelste Weg, um die ICCS anzuwenden.

### Absolute Deckungsgleichheit kaum erreichbar

Allerdings kann nicht erwartet werden, dass die nationalen Statistikcodes, die auf den Einzelnormen des deutschen Strafrechts („Legal Codes“) basieren, und die staatenübergreifenden Handlungsbeschreibungen („Behavioural Codes“) der ICCS vollkommen deckungsgleich sind. Unter dem Blickwinkel von Aufwand und Ertrag ist der Grad der Korrespondenz bezüglich Tötungen jedoch als gut einzustufen. Abweichungen vom ICCS-Definitionsstandard wurden für jede deutsche Rechtsvorschrift in den Korrespondenztabelle gekennzeichnet. Für eine weitergehende Einschätzung des Korrespondenzgrades ist der Vergleich der Zuordnungen und Korrespondenzgrade mit möglichst vielen Staaten erforderlich. Ein entsprechender Austausch von Erfahrungen ist mit den Statistikämtern Österreichs, der Schweiz und Mexikos vereinbart. Das UNODC hat eine



virtuelle Plattform eingerichtet, auf der sich die Mitgliedstaaten über ihre praktischen Erfahrungen bei der Erstellung von Korrespondenztabelle austauschen können.

Nachdem die Korrespondenztabelle zum ersten Kapitel der ICCS abschließend erstellt sind, werden diese zum Bestandteil der statistisch-technischen Infrastruktur im Statistikfeld „Kriminalität und Strafverfolgung“ in Deutschland. Wie bisher werden die nationalen Klassifikationen – analog zur Polizeilichen Kriminalstatistik sowie zu den Rechtspflegestatistiken (in der Fachserie „Rechtspflege“ des Statistischen Bundesamtes) – jährlich an etwaige Änderungen im nationalen Strafrecht angepasst. Durch die neue Verknüpfung der nationalen Klassifikation mit der internationalen Klassifikation in der gemeinsamen Korrespondenztabelle zu Kapitel 01 wird dann im zweiten Schritt auch automatisch jede nationale Strafrechtsänderung in der Korrespondenztabelle berücksichtigt. Diese wird wiederum Grundlage für die Bereitstellung deutscher Daten zu Kriminalität und Strafverfolgung für internationale Datenerhebungen durch UNODC und Eurostat sein. Anpassungen der Korrespondenztabelle würden auch vorgenommen, wenn zu einem späteren Zeitpunkt Revisionen der ICCS vorgenommen würden.

#### **Arbeit an den Korrespondenztabelle schreitet fort**

Als nächster Schritt sind Korrespondenztabelle für Kapitel 02 an der Reihe. Dieses Kapitel enthält unter anderem die grenzüberschreitende Straftat des Menschenhandels, bei dem sich die nationalen Straftatbestände an internationalen Vereinbarungen für kriminalisierbares Handeln orientieren. Da die ICCS ebenfalls von den internationalen Vereinbarungen ausgeht, ist hier die Korrespondenz zwischen nationalen Klassifikationen und der internationalen Klassifikation tendenziell noch größer. Danach sind jene ICCS-Kategorien priorisiert, für die in der jährlichen gemeinsamen Datenerhebung zu Kriminalität und Strafverfolgung von UNODC und Eurostat Daten erhoben werden. Grundlage dieser Datenerhebung ist der weltweit eingesetzte UN-CTS-Fragebogen von UNODC, ergänzt um den Datenbedarf von Eurostat für die EU-Ebene.

#### **Erleichterte kriminologische und statistische Analyse**

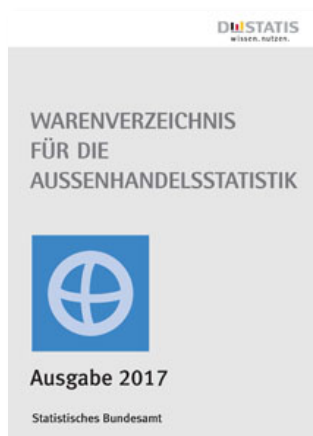
Die Einführung der ICCS löst nicht alle Probleme des Statistischen Vergleichs, sie bietet aber ein gemeinsames Vokabular. So zeigen die Korrespondenztabelle der Staaten, welche Tatbestände des jeweiligen nationalen Strafrechts welchen ICCS-Kategorien zugeordnet wurden. Damit wird klar, was beispielsweise in der gemeinsamen jährlichen Datenerhebung von UNODC und Eurostat als „intentional homicide“ zählt und was nicht. Insgesamt ist somit davon auszugehen, dass unabhängig vom gewählten Implementationsansatz die Anwendung der ICCS als neuer Baustein einer globalen statistischen Infrastruktur die statistische und kriminologische Analyse erleichtern wird. Dies gilt für die jährliche gemeinsame UNODC/Eurostat-Datenerhebung zu Kriminalität und Strafverfolgung, aber auch für andere ländervergleichende Erhebungen, sofern diese über Metadaten und Korrespondenztabelle die Zuordnung der nationalen Systematik zu ICCS und die Korrespondenzgrade mit angeben.

#### **Ausführlicher Aufsatz zum Thema**

Ein ausführlicher [Aufsatz zu diesem Thema ist in Heft 5/2016 der Reihe „WiSta – Wirtschaft und Statistik“](#) erschienen. Der Beitrag stammt von Thomas Baumann, Leiter des Referats H 205 „Rechtspflege“ im Statistischen Bundesamt, Prof. Dr. Hans-Jürgen Kremer, Seniorprofessor für Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug und Strafprozessrecht an der Universität Tübingen, Dr. Robert Mischkowitz, Leiter des Fachbereichs „Forschungs- und Beratungsstelle Polizeiliche Kriminalstatistik, Dunkelfeldforschung“ des Bundeskriminalamtes, und Heiko Hergenhan, kriminalpolizeilicher Sachbearbeiter im genannten Fachbereich des BKA. Er enthält auch die beschriebenen Korrespondenztabelle. Das Heft ist auch gedruckt zum Preis von 18 Euro erhältlich.



## Warenverzeichnis für Außenhandelsstatistik aktualisiert



Am 28. Oktober ist die Kombinierte Nomenklatur (KN) 2017 im Amtsblatt der EU erschienen. Wie jedes Jahr hat die Gruppe G 3 „Außenhandel“ ein neues „Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik“ auf der Basis der KN-Verordnung erstellt. Es umfasst 9 528 Warennummern. Das Warenverzeichnis ist mit mehr als 10 000 verkauften Exemplaren die gefragteste Publikation des Statistischen Bundesamtes. Die Druckversion des Warenverzeichnisses 2016 war schon im Juli 2016 vergriffen.

In die Ausgabe 2017 mussten ungewöhnlich viele Änderungen eingearbeitet werden. Zum einen war die im fünfjährigen Rhythmus wiederkehrende Revision des Harmonisierten Systems (HS 2017) des Weltzollrates zu berücksichtigen. Diese implizierte in der Hauptsache größere Veränderungen der Kapitel 3 (Fische), 22 (Wein), 28, 29, 34, 38 (Chemische Produkte), 39 (Kunststoff), 44 (Holz), 69 (Keramik), 84 und 85 (Mechanische/elektronische Waren und Maschinen), 87 (Kraftfahrzeuge), 96 (Verschiedene Waren).

Zum anderen bedingte das Mitte 2016 in Kraft getretene Informationstechnologieabkommen (ITA2) zahlreiche Änderungen. Die EU musste eine Vielzahl von Produkten aus dem Bereich der Informationstechnologie einzeln nachweisen, sofern es von Zollseiten nicht in Frage kam, die Zollsätze auch für andere als die vom Abkommen betroffenen Waren zu senken, wenn diese in einer Warennummer zusammengefasst waren. Andererseits ermöglichte die durch ITA2 begründete Zollsenkung für viele ähnliche Waren auch eine Zusammenfassung und damit eine erhebliche Vereinfachung der Nomenklatur, wenn ihre Differenzierung bislang nur durch unterschiedliche Zollsätze begründet war.

Wie in den Vorjahren wurden zudem im Rahmen von SLIM („Simpler legislation for the internal market“) Vereinfachungen vorgenommen, um die Wirtschaft zu entlasten. Durch die SLIM-Initiative wurde in den letzten Jahren bereits das Gros der Möglichkeiten ausgeschöpft. Dennoch ließ sich durch das systematische Hinterfragen der Notwendigkeit aller Warennummern durchaus noch Einsparpotential aufdecken. Insgesamt konnte trotz der Erweiterung durch das HS 2017 die Ausweitung der Zahl der Warennummern auf 114 begrenzt werden.

Das Warenverzeichnis 2017 ist als Druckexemplar bestellbar und online erhältlich unter [destatis.de](http://destatis.de) > Methoden > Klassifikationen > Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, Ausgabe 2017. Dort finden Kunden und Partner auch eine Übersicht über alle Änderungen (Gegenüberstellung) und Umsteiger zu allen anderen Klassifikationen, in denen der Außenhandel veröffentlicht wird. Darüber hinaus finden die meldenden Unternehmen dort eine Liste aller gültigen Warennummern ([SOVA-Leitdatei](#)), die sie direkt in ihre EDV-Systeme einspielen können. Aufgrund der zahlreichen Änderungen, allein 1 260 Warennummernänderungen, ist die Datei der Gegenüberstellungen für 2017 mehr als zehnmals so umfangreich wie in den Jahren zuvor.

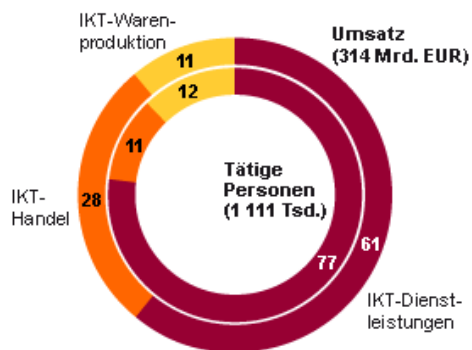




## Umsatz in der IKT-Branche 2014 um 5,2 % gestiegen

### IKT-Branche 2014

Anteile nach Wirtschaftsbereichen in %



Im Jahr 2014 setzten die Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)-Branche in Deutschland 314,3 Milliarden Euro um (ohne Umsatzsteuer), das waren 15,5 Milliarden Euro (+ 5,2 %) mehr als 2013.

Die IKT-Branche setzt sich zusammen aus spezialisierten Unternehmen des produzierenden Gewerbes (IKT-Warenproduktion), Unternehmen des Handels mit IKT-Gütern (IKT-Großhandel) und Unternehmen, die vor allem Service-Leistungen im Bereich IT und Telekommunikation anbieten (IKT-Dienstleistungen).

Mit 191,6 Milliarden Euro (61,0 %) erwirtschaftete der IKT-Dienstleistungssektor den höchsten Umsatz. Auf den IKT-Großhandel entfielen 88,9 Milliarden Euro (28,3 %) und auf die IKT-Warenproduktion 33,8 Milliarden Euro (10,7 %).

Die IKT-Branche umfasste im Jahr 2014 rund 98 000 Unternehmen mit etwa 1,1 Millionen tätigen Personen. Mit rund 84 000 Unternehmen war der überwiegende Teil der Unternehmen dem Dienstleistungssektor zuzuordnen (90,2 %).

Die Investitionen in der IKT-Branche lagen im Jahr 2014 nahezu unverändert bei 14,8 Milliarden Euro.

Die Ergebnisse der Studie zur IKT-Branche 2014 sowie weiterführende Informationen zu diesem Thema stehen online zur Verfügung unter [destatis.de](http://destatis.de) > [Publikationen](#) > [Thematische Veröffentlichungen](#) > [Unternehmen, Handwerk](#) > [IKT-Branche](#)



## Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung in Deutschland nahezu unverändert

In Deutschland waren 20,0 % der Bevölkerung – das sind 16,1 Millionen Menschen – im Jahr 2015 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Seit dem Jahr 2008 ist dieser Anteil damit nahezu unverändert. Dies ist ein Ergebnis der Erhebung „LEBEN IN EUROPA (EU-SILC)“. Der Anteil armer oder sozial ausgegrenzter Menschen lag in der gesamten Europäischen Union im betrachteten Zeitraum stets deutlich höher als in Deutschland (2015: 23,7 %).

Eine Person gilt als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, wenn mindestens einer der folgenden drei Sachverhalte zutrifft:

- ihr Einkommen liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze (die Person ist also von Einkommensarmut bedroht),
- ihr Haushalt ist von erheblicher materieller Entbehrung betroffen,
- oder sie lebt in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung (bezogen auf die Erwerbsbeteiligung von Personen im Alter von 18 bis 59 Jahren).

Mit 16,7 % der Bevölkerung war jede sechste Person in Deutschland im Jahr 2015 von monetärer Armut bedroht. Das entsprach rund 13,4 Millionen Menschen. Der Anteil der armutsgefährdeten Personen ist damit genau so hoch wie 2014. Eine Person gilt nach der EU-Definition für EU-SILC als armutsgefährdet, wenn sie über weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt (Schwellenwert der Armutsgefährdung). 2015 lag dieser Schwellenwert für eine alleinlebende Person in Deutschland bei 1 033 Euro im Monat und war damit höher als im Berichtsjahr 2014 (987 Euro im Monat). Für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren lag der Schwellenwert im Berichtsjahr 2015 bei 2 170 Euro im Monat.

4,4 % der Bevölkerung in Deutschland waren im Jahr 2015 von erheblicher materieller Entbehrung betroffen (2014: 5,0 %). Das bedeutet, dass ihre Lebensbedingungen aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln eingeschränkt waren. Sie waren z. B. nicht in der Lage, ihre Rechnungen für Miete, Hypotheken oder Versorgungsleistungen zu bezahlen, ihre Wohnungen angemessen zu beheizen oder eine einwöchige Urlaubsreise zu finanzieren.

9,8 % der Bevölkerung unter 60 Jahren lebten in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung (2014: 10,0 %), das heißt, die tatsächliche Erwerbsbeteiligung der erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder betrug insgesamt weniger als 20 %.

EU-weit waren 17,3 % der Bevölkerung von Armut bedroht, 8,1 % von erheblicher materieller Entbehrung betroffen, und 10,5 % lebten in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung.

Diese und weitere Ergebnisse der Erhebung EU-SILC sowie methodische Hinweise zur Berechnung von Armutsgefährdung und sozialer Ausgrenzung stehen online zur Verfügung unter [destatis.de](http://destatis.de) › Zahlen&Fakten › Gesellschaft&Staat › Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen, Wohnen › Lebensbedingungen, Armutsgefährdung.



## Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL): Arbeitskreis tagte in Bremen

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ traf sich vom 19. bis 20. Oktober in Bremen zu seiner 53. Tagung.

Von zentraler Bedeutung waren die Entwicklungen und Erkenntnisse der Arbeitsgruppe „WZ-Kennung“, die sich mit dem **Problem unterschiedlicher Zuordnungen von Unternehmen und Betrieben zu Wirtschaftszweigen (WZ) in den Basisstatistiken** und deren Auswirkungen auf die Erwerbstätigenrechnung (ETR) und die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) befasst. Der Arbeitskreis diskutierte vor allem das Ausmaß und die Auswirkungen möglicher Umstellungseffekte auf die Aggregate der regionalen VGR.

Im Rahmen der Arbeitsgruppe „Qualität“ wurden verschiedene Vorschläge zur stetigen Qualitätsverbesserung der regionalen VGR erörtert, die im weiteren Verlauf Gegenstand auf der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe im Februar sein werden. In der Länder- und Kreisrechnung wurde eine Methoden Anpassung der Bruttowertschöpfung im Wirtschaftszweig Energieversorgung vorgestellt, welche die zunehmende Bedeutung der erneuerbaren Energien und deren Erfassung innerhalb der regionalen VGR berücksichtigt und bereits zum Berechnungsstand 2016 umgesetzt wird.

Berichtet wurde auch über europäische und nationale Entwicklungen in den VGR. Die zuständigen Koordinierungsländer informierten über den aktuellen Stand ihrer Arbeiten und erläuterten den derzeitigen und künftigen Handlungsbedarf in den jeweiligen Bereichen. Die Federführung informierte über den Stand der derzeitigen Überarbeitung der Methodenbeschreibung nach ESVG 2010, die in absehbarer Zeit veröffentlicht wird. Die Termine für die Ergebnisse zum Berechnungsstand August 2016/Februar 2017 wurden festgelegt.

Die 54. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ ist vom 10. bis 11. Mai 2017 in Stuttgart geplant. Die Methoden der VGR der Länder sind veröffentlicht auf der Internetseite [www.vgrdl.de](http://www.vgrdl.de).

### Kontakt zur Redaktion

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wir freuen uns über Ihre Meinung und stehen Ihnen bei Fragen oder Anregungen zu diesem Heft und seinen Beiträgen jederzeit gerne zur Verfügung. Bei allgemeinen Fragen zu den „Informationen aus der amtlichen Statistik“ erreichen Sie die Redaktion unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 45 51.

Bei Fragen zu einzelnen Fachbeiträgen, steht Ihnen der allgemeine Statistische Informationsservice unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 24 05 oder über das Kontaktformular [www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam

### Statistisches Bundesamt

Jürgen Kötz, wurde zum Leiter des Referats C 205 „IT-Bausteine des Informations- und Wissensmanagements“ bestellt.

Oberregierungsrätin Ilka Willand, bisher Leiterin des Referats B 306 „Grafik und Design, Printredaktion“, wurde in das Referat B 303 „Online Redaktion“ umgesetzt, gleichzeitig wurde ihr die Leitung des Referats übertragen.

### Eurostat

Walter Radermacher, Generaldirektor von Eurostat, tritt zum Jahresende in den Ruhestand. Er hatte am 1. August 2008 die Leitung Eurostats übernommen und führte das Statistische Amt der EU durch die Zeit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. In seine Amtszeit fielen die Novellierung der EU-Statistikverordnung, Ansätze zur tieferen Integration des europäischen statistischen Systems (ESS) und die Reformagenda „Vision 2020“, mit der u. a. die Statistikproduktion EU-weit harmonisiert und vor allem modernisiert und standardisiert werden soll.

Vor seiner Zeit als Generaldirektor Eurostats leitete Walter Radermacher das Statistische Bundesamt. Er war 1978 zum Statistischen Bundesamt gekommen, nachdem er in Aachen und Münster Ökonomie studierte und nach seinem Abschluss als Diplom-Kaufmann einige Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Münster verbracht hatte. Im Statistischen Bundesamt war er zunächst für die Handels- und Gastgewerbestatistiken zuständig, wirkte am Aufbau eines Informationssystems der Bodennutzung mit und baute die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen mit auf. In jener Zeit nahm er auch Lehraufträge an der Fachhochschule Wiesbaden und an der Universität Lüneburg wahr.

Als Leiter der Gruppe „Organisation, Qualitätsmanagement, Controlling“ erwarb er Erfahrung in der inneren Verwaltung eines Statistikamtes, die ihn ab 2001 zur Leitung der gesamten inneren Verwaltung des Statistischen Bundesamtes befähigte. In dreieinhalb Jahren als Vizepräsident war er Vorreiter bei der Einführung des Masterplans zur Reform der amtlichen Statistik in Deutschland, der zu einer größeren Arbeitsteilung zwischen den statistischen Ämtern führte. Ende 2006 wurde er zum Nachfolger von Johann Hahlen berufen. Seine ersten sechs Monate als Präsident des Statistischen Bundesamtes fielen mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zusammen. In der ersten Hälfte des Jahres 2007 profitierte er als Vorsitzender der Ratsarbeitsgruppe Statistik von seiner langjährigen Erfahrung im Bereich der europäischen und internationalen Statistik.

Mit dem Ende der beruflichen Verpflichtungen will sich der 1952 geborene Radermacher wieder auf seinen Lebensmittelpunkt in Wiesbaden konzentrieren.

### Weitere

Prof. Dr. Walter Krämer, langjähriger Vorsitzender des Gutachtergremiums zum Gerhard-Fürst-Preis, tritt als Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Sozialstatistik an Technischen Universität Dortmund zum Jahresbeginn 2017 in den Ruhestand.

## Tagungskalender

---

Oktober 2016 bis Juni 2017

Termin	Ort	
4./5. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
4./5. Oktober	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
11./12. Oktober	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“
13./14. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
19./20. Oktober	Bremen	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
24./25. Oktober	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
25./26. Oktober	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
25./26. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Insolvenzstatistiken“
25. – 27. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
26. Oktober	Bonn	Arbeitskreis „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“
26./27. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeits- statistiken“
4. November	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
8./9. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energienstatistik“
8./9. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
8. – 10. November	Düsseldorf	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
10. November	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
15. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Wahlstatistik“
16. November	Wiesbaden	Fachausschuss „Preise und Verdienste“
22./23. November	Wiesbaden	Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“
22./23. November	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Handelsstatistik“ und „Tourismusstatistik“

## Tagungskalender

---

Oktober 2016 bis Juni 2017

Termin	Ort	
23./24. November	Berlin	Arbeitskreis „Rechtsfragen der Statistik“
29./30. November	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistiken“
29./30. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigenstatistik“
30. November/ 1. Dezember	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“
30. November/ 1. Dezember	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
1. Dezember	Wiesbaden	Arbeitskreis „Bildungsberichterstattung“
13./14. Dezember	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistiken“
10./11. Januar	Wiesbaden	Arbeitskreis „Qualität der statistischen Prozesse und Produkte“
25. Januar	Wiesbaden	Fachausschuss „Verkehrs- und Tourismusstatistik“
31. Januar/ 1. Februar	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus“
14./15. Februar	Wiesbaden	Fachausschuss „Bevölkerungsstatistik“
21./22. Februar	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“
7./8. März	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
7./8. März	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
13. – 15. März	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
14./15. März	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
14./15. März	Bonn	Referentenbesprechung „Dienstleistungsstatistiken“
14. – 16. März	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
21./22. März	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
22. März	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz



## Tagungskalender

Oktober 2016 bis Juni 2017

Termin	Ort	
22. März	Wiesbaden	Arbeitskreis „Einheitliche Gestaltung von Erhebungsinstrumenten“
22./23. März	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“
22./23. März	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
28./29. März	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“
29./30. März	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
30. März	Bonn	Fachausschuss „Agrarstatistiken“
4./5. April	Wiesbaden	Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“
5./6. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
24./25. April	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
25. April	Bonn	Referentenbesprechung „Nutzung von IKT in Unternehmen“
26./27. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
3./4. Mai	Halle	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
3./4. Mai	Wiesbaden	Arbeitskreis „Rechtsfragen der Statistik“
3./4. Mai	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistiken“
3./4. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
4./5. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistiken“
9./10. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energistatistik“
9. – 11. Mai	Erfurt	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
9. – 11. Mai	Bonn	Referentenbesprechung „Sozialhilfe-, Asylbewerberleistungs- und Wohngeldstatistik“
10. Mai	Wiesbaden	Statistischer Beirat

## Tagungskalender

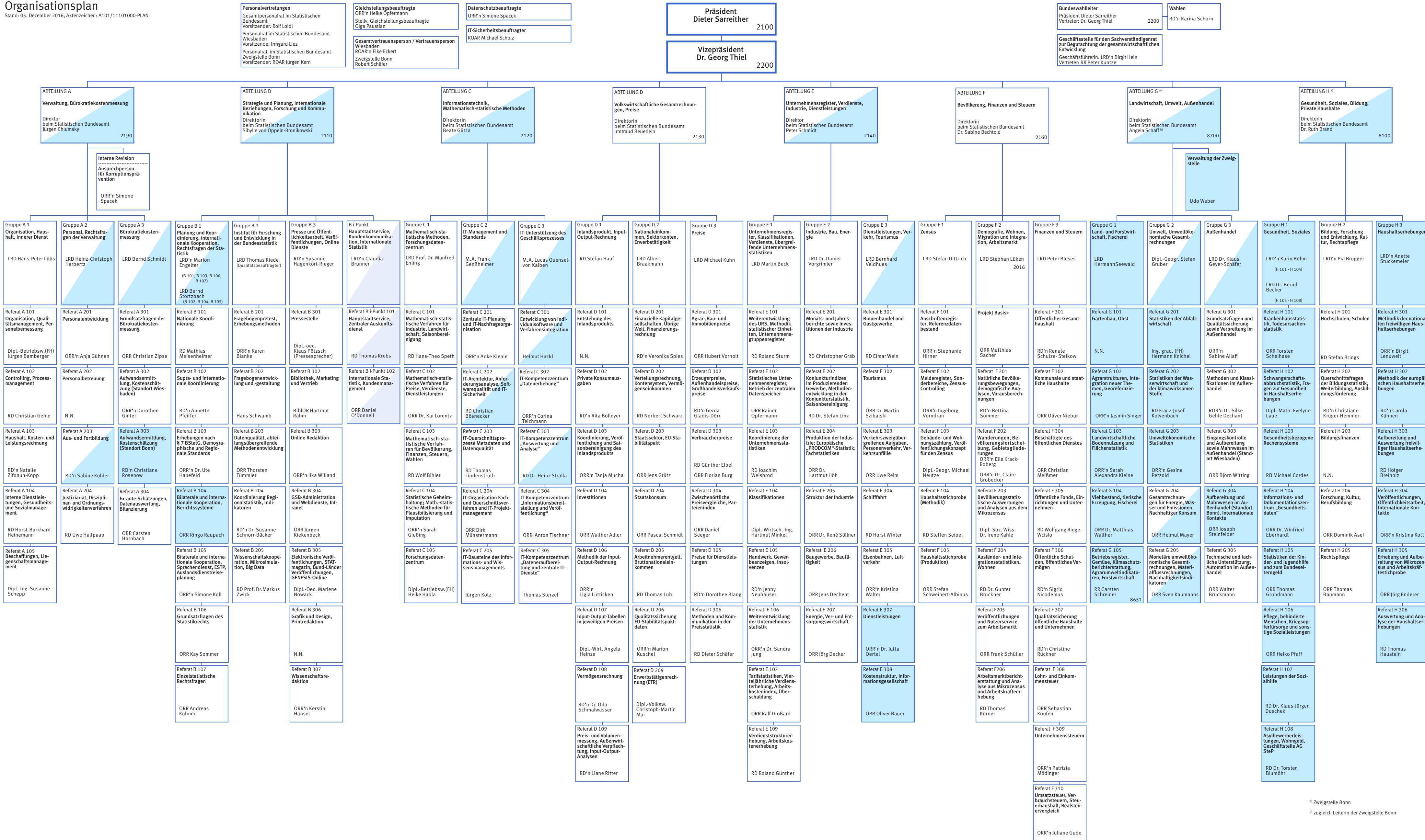
---

Oktober 2016 bis Juni 2017

Termin	Ort	
10./11. Mai	Stuttgart	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
10./11. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gebietsstand“
30./31. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Schulstatistik“ und „Berufsbildungsstatistik“
im Mai	Bonn	Referentenbesprechung „Pflegestatistik“
31. Mai – 1. Juni	Düsseldorf	Arbeitskreis „Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder“
7./8. Juni	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“
im Juni	Wiesbaden	Arbeitskreis „Mathematisch-statistische Methoden“

Organisationsplan

Stand: 05. Dezember 2016, Aktenzeichen: A101/11101000-PLAN



Haus- und Lieferadresse: Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden Postanschrift: Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden

Zweigstelle Bonn Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn Postanschrift: Postfach 17 03 77, 53029 Bonn

i-Punkt Berlin Internet: http://www.destatis.de E-Mail: i-punkt@destatis.de EDS Europäischer Datenservice Internet: http://www.eds.destatis.de E-Mail: eds@destatis.de

- Dienstort Wiesbaden
Dienstort Wiesbaden/Bonn
Dienstort Bonn
Dienstort Wiesbaden/Berlin

\* Zweigstelle Bonn
\*\* zugleich Leiterin der Zweigstelle Bonn